

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtige Zeitungsseite, außerhalb 0,14 Zloty. Anzeigen unter Text 0,50 Zloty, von außerhalb 0,60 Zloty. Bei Wiederholungen zartliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsbrunn, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Telefonnummern: P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz Nr. 2037; für die Redaktion Nr. 2004

Die sozialistische Einheitsfront in Schlesien gesichert

Kattowitz, 13. Dezember. Der Wojewodschaftsrat der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) Schlesiens und der Parteivorstand der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens (D. S. A. P.) haben gestern in gemeinsamer Sitzung betreffend der nächsten Aufgaben folgenden Beschluß gefaßt:

Die D. S. A. P. und die P. P. S. gehen bei den nächsten Wahlen zum Warschauer Sejm gemeinsam. Sowohl über die Kandidatenfrage als auch über die technische Durchführung des Wahlkampfes ist Einigkeit erzielt worden. Nähere Informationen werden in der nächsten Zeit in der Parteipresse veröffentlicht.

Es lebe die sozialistische Einheitsfront!

Rada Wojewódzka P. P. S.

Partei Vorstand der D. S. A. P.

Vorwärts!

Den Beschlüssen der Sonntagskonferenz unserer Partei ist die Verständigung über die nächsten Aufgaben mit unseren polnischen Genossen gefolgt. Damit ist der erste Schritt in den Wahlkampf zum Warschauer Sejm vollzogen. Gemiß werden noch technische Schwierigkeiten zu überwinden sein, die nichts mehr an der Tatsache ändern, daß das deutsche und polnische Proletariat der Wojewodschaft Schlesiens in gemeinsamer Front marschieren wird.

Über mit Beschlüssen allein sind noch keine Erfolge erzielt. Auf der Bezirkskonferenz sind eine Reihe von Fragen aufgetaucht, die die ganze Situation beleuchteten und es ist auch den Parteigenossen bekannt, daß wir in finanzieller Hinsicht an die große Anforderung stellen werden, wenn der Wahlkampf die Resultate zeitigen soll, welche wir uns wünschen. Genosse Kronig zeigt an anderer Stelle der heutigen Nummer des „Volkswille“ die Gegner mit denen wir im Wahlkampf zu rechnen haben. Und wir müssen uns damit abfinden, daß wir einem harten Kampf entgegengehen, Gegner gegenüber, die eine machtvolle Presse und nicht zuletzt gut fundierte Wahlfonds besitzen. Demgegenüber können wir zunächst die Idee entgegensetzen und den festen Willen, den politischen Kampf in sachlicher Weise zu führen und dem Proletariat die Bedeutung der kommenden Kämpfe zu zeigen. Nicht von den Beschlüssen und gutem Willen der Parteileitungen wird es abhängen, welche Erfolge erzielt werden, sondern von der mühevollen Arbeit der Parteigenossen und Sympathisier der sozialistischen Idee in der gesamten Republik Polen.

Als Sozialisten sind wir gewohnt, die Dinge in aller Ruhe abzuschätzen und uns nicht von der Kraft unserer Gegner zu täuschen zu lassen. Und darum muß es erste und oberste Aufgabe sein, jetzt schon die Kampfvorbereitungen zu treffen, die den kommenden Erfolg sichern. Und das ist notwendig, wenn wir keine Enttäuschungen erleben wollen. Zweifeln wird es immer geben, jene, die da warten, daß die anderen die Arbeit leisten werden. Wer den Erfolg wünscht, muß selbst Hand ans Werk legen, sich der Mühe unterziehen, der Partei neue Mitglieder zuzuführen und für die Parteipresse neue Leser werben. Letzten Endes wird der Einfluß der Arbeiterpresse in diesem Kampf eine bedeutende Rolle spielen. Unsere deutschen und polnischen politischen Gegner haben ein Werkzeug in der Hand, welches ihnen die Möglichkeit gibt, täglich in tausendfältiger Form zu den breiten Massen zu reden. Leider hat es die Arbeiterschaft selbst nicht verstanden keine Presse auszubauen. Während wir in hundert von Versammlungen, besonders aufs Land gehen müssen, um unserer Idee den Boden vorzubereiten, spricht die bürgerliche Presse jetzt schon zu ihren Wählern und es wird eine Papierflut sein, mit der man im deutschen und polnischen Lager um die Gunst der Wähler werben wird.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist es notwendig, daß unsere Freunde in Werkstatt, Fabrik und Grube die Lage in aller Klarheit erkennen und im Wahlkampf ihr bestes leisten. Soll die proletarische Einheitsfront zwischen deutschen und polnischen Arbeitern mehr sein, als die hingeworfene Phrase, dann ist es oberste Pflicht aller unserer Kampfgenossen in eine sofortige Werbearbeit für die Partei, für die Gewerkschaften und nicht zuletzt für die Parteipresse einzutreten. Im Wahlkampf kommt es weniger auf die Mitglieder selbst an, sondern auf die breiten Wählermassen und hier ergibt sich ein reiches Tätigkeitsfeld für alle unsere Freunde. Wir hoffen, daß sich jeder der Tragweite unseres Beschlusses bewußt ist und darum doppelte Pflicht, der proletarischen Einheitsfront auch den Sieg der sozialistischen Idee zu sichern.

Ein Erfolg Danzigs in Genf?

Die Regelung der Westerplattenfrage — Neue Verhandlungen zwischen Polen und Danzig

Genf. In der Montag abschließenden Sitzung des Völkerbundes nahm der Rat nach kurzer Debatte in der Frage der Danziger Westerplatte eine Entscheidung an, in der die Regierung der freien Stadt Danzig und Polens aufgefordert werden, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der Ingebrauchnahme der Westerplatte einzutreten. Der Rat empfiehlt den beiden Regierungen sich bei dem Gesamthalt des vorliegenden Schriftmaterials ausschließlich von den Erwägungen leiten zu lassen, die in dem Gutachten der Juristen vom 8. Dezember 1927 enthalten sind. Die Verhandlungen sollen nach dem Ratsbeschluß unter dem Vorsitz des Völkerbundscommissars in Danzig unter Hinzuziehung von Sachverständigen stattfinden. Falls die Verhandlungen vor der nächsten Ratsitzung zu keinem Ergebnis führen sollten, soll der Berichterstatter Villegas dem Rat Vorschläge für die endgültige

Regelung der Angelegenheit unterbreiten. Hierauf gab Senatspräsident Sahn eine kurze Erklärung ab. Er hoffe, daß die direkten Verhandlungen zwischen der freien Stadt Danzig und der Republik Polen, basierend auf dem Gutachten der juristischen Sachverständigen, recht bald zu einer Vereinbarung führen, die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner von Danzig, die unter den gegebenen Umständen zu ersehende Gewähr bietet. Er benützte hierbei die Gelegenheit, um dem Herrn Berichterstatter für die große Mühe, die er in dieser Angelegenheit hat aufwenden müssen, seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Der Berichterstatter Villegas betonte sodann ausdrücklich, daß nur durch das Ratsgutachten der beiden Juristen Hurji und Pilotti die Verhandlungen auf eine neue Basis gestellt seien und nunmehr eine endgültige Regelung dieser Frage geschaffen würde.

Militär gegen ein Parlament

Ein Staatskonflikt in Oklahoma

New York. Zwischen dem Staatsparlament von Oklahoma und dem Gouverneur ist ein schwerer Konflikt entstanden. Der Gouverneur ließ das Parlamentsgebäude, als das Parlament gegen den Willen des Gouverneurs zusammenzutreten wollte, durch ein starkes Truppenaufgebot mit Maschinengewehren besetzen. Die Abgeordneten wurden dadurch verhindert, das Parlamentsgebäude zu betreten. Der Gouverneur beruft sich auf die Verfassung und erklärt, daß das Parlament nur mit seiner Einwilligung zusammentreten könne.

gängen angeflaggt wurde. Der oberste Gerichtshof hat die Berechtigung des Gouverneurs zur Einsetzung der Bundestruppen gegen das Parlament anerkannt, nachdem er bereits vor acht Tagen erklärt hatte, daß das Parlament nicht berechtigt sei, gegen den Willen des Gouverneurs zusammenzutreten. Das Parlament beabsichtigte, einen Beschluß gegen den Gouverneur zu fassen. Ein Teil der Abgeordneten begab sich im Auto in die Umgebung der Stadt, um dort unter freiem Himmel eine Sitzung abzuhalten.

Belagerungszustand in Oklahoma

New York. Über Oklahoma ist der Belagerungszustand verhängt worden. Der Gouverneur droht mit der Verhaftung der Abgeordneten, die in der Stadt Neben halten. Soldaten mit aufgeschuligten Seitengewehr bewachen die Parlamentseingänge um die öffentlichen Plätze.

Einigungsverhandlungen zwischen Polen und Litauen

Die Auswirkung der Genfer Entscheidung — Woldemaras in Paris — Die Wilnafrage ein Sieg?

Riga. Nach unbestätigten Meldungen sollen Anfang Januar litauisch-polnische Einigungsverhandlungen in Beitland stattfinden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Das Genfer Kompromiß in Kowno

Kowno. Die in Genf erfolgte Einigung zwischen Litauen und Polen wird in Litauen ganz verschiedenartig aufgenommen. Weit überragend ist die Zahl derjenigen, die in der erfolgten Einigung einen Sieg Polens sehen. In Kreisen der Opposition erklärt man, daß Litauen eine gewaltige Niederlage erlitten haben. Wilna müsse nunmehr als verloren

gelten und Litauen würde, nachdem endgültige Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf Grund der kommenden Verhandlungen aufgenommen seien, sehr bald den im Lande stark einwirkenden polnischen Einflüssen unterliegen. Ein großer Teil der politischen Kreise sieht in dem Erfolg Polens einen Erfolg Englands und Frankreichs gegenüber Rußland. Rußland wäre nunmehr vom Westen abgeschlossen. Rußland und Deutschlands Östprovinz hätten eine schwere Niederlage in Genf erlitten, die sich erst später auswirken werde. In Kreisen der Regierungsparteien spricht man zwar von einem Siege Woldemaras, doch will auch in diesen Kreisen direkte Siegerstimmung

nicht auskommen. In Kreisen der Nationalisten meint man, daß der wesentlichste Punkt — Wilna — noch offengelassen sei und betrachtet sie als einen Haupterfolg Woldemaras in Genf.

Woldemaras in Paris

Paris. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist Montag vormittags in Paris eingetroffen. Es wird erklärt, daß sein Aufenthalt in Paris, der etwa zwei Tage dauern wird, keinen politischen Hintergrund habe.

Moskau zum litauisch-polnischen Kompromiß

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird das litauisch-polnische Kompromiß in Genf in russischen Regierungskreisen als Litauens Kapitulation vor Polen aufgefaßt. Man ist sich darüber einig, daß das Kompromiß keine Lösung darstellt und daß die Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes nicht im Geiste des Völkerbundes gehalten sein wird.

Die Ratstagung beschlossen

Genf. Die Tagung des Völkerbundesrates wurde Montag vormittags abgeschlossen, nachdem der Rat zuletzt noch die Salamis-Affäre und die weitere Behandlung der Westplattensfrage beraten, sowie ein Schreiben des Präsidenten des Finanzkomitees und einen Bericht über die griechisch-bulgarische Flüchtlingsfürsorge angenommen hatte. In der Salamis-Affäre nahm der Rat unter Zustimmung des Vertreters Griechenlands einstimmig den Bericht des Justizkomitees an. Das Gutachten stellt ausdrücklich fest, daß der Artikel 11 des deutschen Waffenexportgesetzes vom 27. Juni 1927 keine Verletzung der von Deutschland übernommenen internationalen Verpflichtungen bedeute. Es liege für den Rat fast keine Veranlassung vor, die in Artikel 313 des Versailler Vertrages vorgesehene Untersuchung einzuleiten. Nach dem heutigen Beschluß des Rates, der sich vollständig dem Rechtsgutachten anschließt, bleibt somit die Zuständigkeit des deutsch-griechisch-gemeinsamen Schiedsgerichts für die Salamis-Affäre bestehen.

Die gegenwärtige Ratstagung wurde darauf vom Präsidenten für geschlossen erklärt.

Zaleski und Chamberlain bei Stresemann

Genf. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat im Laufe des Montag den polnischen Außenminister Zaleski und dann Außenminister Chamberlain im Hotel Metropol empfangen.

Um 18 Uhr verließ Dr. Stresemann mit der deutschen Delegation Genf. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhof im Auftrag Briand, der französische Generalkonsul in Genf und frühere Kabinettschef, Peroux, ferner der deutsche Untergeneralsekretär Dufour sowie die übrigen deutschen Mitglieder des Völkerbundes eingefunden. Briand hat Montag nachmittags um 16 Uhr Genf verlassen. Chamberlain reiste abends um 22 Uhr ab.

Rumänien auf der Suche nach Freunden

Bukarest. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Auslandsreise Titulescus meint „Adeverul“, daß er noch nicht sicher sei, ob Titulescu schon vor Weihnachten abfahren werde. Sollte er dennoch die Reise antreten, so sei es möglich, daß er mit Stresemann und Mussolini zu einem Treffen werde, um die für Rumänien unangünstige Atmosphäre nach den Studentenunruhen zu klären. Das Blatt „Cuvantul“ meldet, daß Titulescu die Verhandlungen in Deutschland so schnell wie möglich beenden werde, damit er dann nach seiner Rückkehr die Regierung zur Demission zwingen könnte. Seine Auffassung gehe dahin, daß zur Erzielung einer Verständigung mit Deutschland, die Regierung Barabanu zurücktreten müsse, um einer Regierung Maniu Platz zu machen. Bei den persönlichen Beziehungen, die einige Redakteure des „Cuvantul“ zu dem Außenminister Titulescu unterhalten, ist diese Erklärung ebenfalls beachtenswert.

Der frühere Minister Maniulescu nimmt heute in einem Artikel, der überschrieben ist „Das rumänische Locarno“, zur politischen Lage Stellung und erklärt, es sei mehr als merkwürdig, daß gerade Rumänien noch zu keinem Einvernehmen mit Deutschland gekommen sei. Daran seien die Mi-

ßbrüche Schuld gewesen, die die Locarno-Verträge abgeschlossen hätten, während Rumänien noch immer kein Locarno habe.

Benesch bei Herriot

Paris. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch wurde Montag von dem früheren Ministerpräsidenten Herriot im Rathaus zum Essen empfangen. Bei welcher Gelegenheit beide Minister Ansprachen hielten. Am Nachmittag fand ein Empfang bei Benesch statt, bei dem Herriot Benesch in einer Rede feierte. In den schwierigsten Stunden, so sagte er u. a., habe Frankreich niemals einen sicheren Alliierten als Benesch gehabt. Das habe sich besonders bei den Genfer Beratungen im Jahre 1924 gezeigt, als Benesch und er das Protokoll hätten zum Triumph führen wollen. Übrigens sei das letzte Wort über das Protokoll noch nicht gesagt.

Anfragen zum Abrüstungsproblem im Unterhaus

London. Ministerpräsident Baldwin erwiderte auf eine Anfrage im Unterhaus, daß sich die Regierung mit den Ergebnissen der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission befassen werde, bevor sie sich über ihre weitere Haltung bei der nächsten Zusammenkunft entscheiden werde. Der Unterstaatssekretär Lord R. Lampson teilte in Bestätigung privater Berichte mit, daß weder von englischer noch von japanischer Seite Schritte für die Wiederbelebung der englisch-japanischen Allianz ergriffen worden seien.

Neue Niederlage mexikanischer Rebellen

Paris. Einer Agentenmeldung aus Mexiko zufolge, fand Sonntag zwischen den mexikanischen Bundesstruppen und 600 Rebellen in der Gegend von Nochitlan ein mehrstündiger Kampf statt. Die Aufständischen wurden zurückgeschlagen und ließen etwa 100 Tote und Verwundete zurück.

Der Abschluß des Reiches gesichert

Die Antwort an die Eisenindustriellen.

Berlin. Wie die Telegraphenunion erfährt, hat der Reichsarbeitsminister Montag auf das Gesuch der Eisenindustrie, die Dreifachtarifverordnung vorläufig aussetzen, geantwortet. Die Antwort geht davon aus, daß die Arbeitszeitverordnung gesetzlich am 1. Januar in Kraft treten müsse, wobei allerdings auch innerhalb des Gesetzes die Möglichkeit bestehe, in besonderen Fällen die Inkraftsetzung erst später wirken werden zu lassen. Damit steht sich der Reichsarbeitsminister grundsätzlich für den Abschluß des Reiches ein.

Neue Parteigruppierung im amerikanischen Senat

Washington. Der mit 56 gegen 30 Stimmen gefaßte Beschluß des Senats, die Mandate der Senatoren Ware und Smith für ungültig zu erklären, weil sie angeblich von interessierten Industriellen übermäßige Beiträge zu ihrem Wahlfonds angenommen hätten, bringt die republikanische Partei im Senat mit ihren 46 Stimmen in die Minderheit gegenüber den 47 Demokraten. Die republikanische Parteiführung hat daher mit der Gruppe der republikanischen „Insurgenten“ Frieden geschlossen und verspricht ihnen Berücksichtigung ihrer Sonderwünsche.

Rußlands Beziehungen zu England

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, führen die „Iswestija“ in einem Artikel aus, daß die neuen Angriffe der konservativen englischen Presse darauf abgestimmt seien, die Schaffung einer neuen Verhandlungsbasis über die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen unmöglich zu machen. Das Blatt führt aus, daß seit Bestehen der Sowjetunion über 20 Staaten mit der Sowjetregierung in Beziehungen getreten seien, trotzdem die kommunistische Internationale sich in Moskau aufhalte. Die Forderung der englischen Regierung, oder richtiger gelagt, bestimmter englischer Kreise, das nationale Eigentum zurückzuerhalten, sei nichts weiter als ein Versuch mit unzulänglichen Mitteln, die Grundzüge der Sowjetregierung zu erschüttern.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

47)

„Es erscheint unglaublich, daß er drei Tage hintereinander ohne Nahrung vegetieren konnte.“ flüsterte Smith. „Doch habe ich erlebt, daß ein Fakir es Wochen hindurch aushielt.“

„Mit der Uhr in der Hand prüfte ich das graublasse Antlitz. Eine Sekunde verstrich; eine zweite und dritte. In der vierten begann das Wunder: Ueber die scheinbar toten Züge breitete sich die Farbe wiederkehrenden Lebens. Sie kam in Wellen, die mit dem Klopfen des aufs neue arbeitenden Herzens übereinstimmten.“

„Während wir den Erwachenden flugs von seinem Totenhemd befreiten, richtete Southern sich mit einem ekstatischen Ausruf auf, harrte halb verhaltenen Auges um sich und sank wieder hin.“

„Barmherziger Gott!“ flüchelte Smith.

„Unbesorgt! Es ist alles in Ordnung!“ erklärte ich. „Ein paar Tropfen Kognak aus meiner Flasche ist alles, dessen wir jetzt noch bedürfen.“

„Du hast zwei Patienten, Petrie,“ bemerkte mein Freund. „Denn der Notar war bemußlos zusammengebrochen.“

„Still! Er ist da!“ räumte Smith plötzlich und blitzes das Licht aus.

Ich beugte mich zu Lord Southern.

„Was ist mit mir?“ stammelte der neu zum Dasein Erwachte. „Wo bin ich? Unmächtiger, was ist geschehen?“

Ich suchte ihn leise zu beruhigen und bedeckte ihn mit meinem Staubmantel.

Die Tür oberhalb der Treppe des Mausoleums hatten wir nur ins Schloß gedrückt, ohne sie abzuschließen. Während ich nun den Mann, den wir buchstäblich dem Grabe entzissen hatten, zu fühligen Bewußtsein war, vernahm ich, wie drohen die Tür sich öffnete. Smith, neben mir kauend, atmete schwer.

Durch die Finsternis des Gewölbes flog ein Lichtspeer. Hastiges Sprechen einer gutturalen Stimme gab mir die Gewißheit, daß Dr. Fu-Mandschu auf den Stufen stand. Ich tastete nach meiner Waffe; auch Nayland Smith umtastete

den Griff seines Revolvers. Endlich — endlich schien der schurkische Chinese im Begriff, in eine Falle zu tappen! Wenn nicht etwa die unverhoffte Warte sein Mißtrauen erweckt hatte, wären wir ihn im nächsten Augenblick paden und dingfest machen können.

Schlurfende Schritte auf der Treppe. In der Rechten den Revolver, den linken Arm um Southern geschlungen, harrte ich sekundenlang in beklemmender Spannung.

Wieder spaltete ein Lichtstrahl die Dunkelheit. Lord Southern, Smith und ich waren durch einen Mauerwandsprung verborgen, aber der Strahl traf voll die purpurnen Züge Hendersons — drang als Wadung in die Nacht seines betäubten Geistes. Mit einem erstarrten Schrei fuhr er auf und glökte angstgitternd nach der Treppe.

Mit wildem Satz war Smith an ihm vorbei. Blühend flog etwas auf ihn zu, indes das Licht erlosch. Ich sah, wie er sich bückte — hörte ein Messer klirrend aufprallen. Und während ich in Richtung der Stufen feuerte, erkannte ich Fu-Mandschus gelbes Gesicht und seine grünen Katzenaugen, die die Finsternis zu durchfunkeln trachteten. Eine fliehende Gestalt, die eines spärlich bekleideten braunhäutigen Mannes, säumte in hurtigen Sprüngen die Treppe hinauf. Er strauholte und fiel, woraus ich schloß, daß er getroffen war; aber er raffte sich wieder empor und jagte weiter, von Smith gefolgt.

„Herr Henderson!“ rief ich. „Blenden Sie die Laterne an und sorgen Sie für Seine Leibeshaft! Dort steht meine Kognakflasche. Ich verlasse mich auf Sie!“

Wieder trachtete Smiths Revolver, als ich die Stufen hinan-eilte. Im hellen Mondlicht sah ich seine dunkle Gestalt taumeln und stürzen, indes seine Waffe sich zum drittenmal entlad.

Gleich danach war ich neben ihm. „Du bist verwundet, Smith?“ rief ich besorgt.

Er richtete sich auf, lauschte auf rasch sich entfernende Schritte unter den Bäumen. „Er hat einen Dakoi bei sich“, antwortete er und zeigte mir das halbmondförmige, blutbedeckte Langmesser in seiner Hand. „Es hat nur wenig geschliffen, Petrie!“

Ein Auto raste davon.

„Er entkommt uns!“ knirschte Smith.

Marshall Bilsudski über den Völkerbund

Paris. Sauerwein berichtet im „Matin“ über eine Unterredung mit Marshall Bilsudski in seinem Salonwagen. Der Marshall erklärte dem Matin-Vertreter u. a.: Er dürfe sich über den in Genf gesunkenen Empfang nur lobend ausdrücken. Gefommen sei er nicht, um soziale oder politische Studien zu machen, sondern um das Friedenswort zu hören. Diesen Zweck habe er mit allen Kräften gewollt, denn es handele sich um Frieden oder Krieg. Um den Krieg zu machen, bedürfe es erstens Gründe und Ueberlegung, um den Krieg zu vermeiden, brauche man Entschlossenheit. Er habe den Ratsmitgliedern einfach gesagt: „Meine Herren, machen Sie den Frieden und beenden Sie sich, denn ich habe es eilig.“ Er habe es nicht nur eilig gehabt der Geschäfte seines Landes wegen, sondern auch, weil eine derartige Lage nicht andauern dürfe. Nach Worten der Anerkennung für die französische Unterstützung und des Dankes an die Adresse Briand, gab Bilsudski seine Eindrücke über den Völkerbund in ungefähr folgenden Worten wieder: Es stecke viel Gutes in ihm und was man in ihm mache, sei sehr nützlich. Er finde aber, daß, wenn die Entscheidungen einmal gefest seien, man sich ein wenig in Formeln verliere, die die Wirklichkeit vergessen ließen. Außerdem sei die Situation mitunter gefährlich. Wenn man sich infim bei einem Dejeuner oder einer Tasse Tee treffen und in jedem Augenblick Zeit zum Plaudern hätte wäre die Regelung der Angelegenheiten leichter. Wenn sich diese mehr private Kameradschaftlichkeit mehrmals jährlich wiederhole, habe man die Illusion, große Streitfragen zu regeln, ohne sie unter den Nationen selbst wirklich geregelt zu haben.

Unterzeichnung des deutsch-polnischen Fischereiabkommens

Berlin. Die für kurze Zeit unterbrochenen Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungvertretern über die Fischerei in den Grenzwasserläufen und Grenzgewässern sind am 10. Dezember durch Unterzeichnung eines dieser Fragen regelnden Abkommens zu Ende geführt worden. Das Abkommen ist auf deutscher Seite vom Gesandten Dr. Eckardt und dem Ministerialrat und Landesoberförstmeister Dr. Seydel unterzeichnet worden.

Ein erfreulicher Wahlerfolg

Schweden. Bei den Landtagswahlen in den Wahlbezirken Sietow und Grambow-Wendisch-Hof, die auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses des Landtages wegen vorgekommener Wahlverstöße vorgenommen wurden, erhielten die Demokraten über 80 Stimmen in beiden Bezirken mehr als bei den Landtagswahlen am 22. Mai dieses Jahres. Da ihnen damals nur sieben zu einem zweiten Mandat fehlten, wird nunmehr ein weiterer demokratischer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung erzählt dadurch eine bedeutende Festigung, da sie parlamentarisch nicht mehr von den Kommunisten abhängig ist. Kommunisten und bürgerliche Opposition auf der einen Seite und Regierungsparteien auf der anderen Seite verfügen nunmehr über die gleiche Anzahl der Sitze. Es stehen sich auf beiden Seiten je 26 Abgeordnete gegenüber.

Kommunistische Unruhen in Kanton

London. Aus Kanton wird über erneute kommunistische Ausschreitungen großen Ausmaßes berichtet. Begünstigt durch die Abwesenheit der chinesischen regulären Truppen, die in Kämpfen westlich der Stadt verwickelt sind, haben die Arbeitengewerkschaften und die Kommunisten die Gewalt in der Stadt an sich gerissen. Die Polizei wurde entmachtet und die Besatzungen der Flussdampfer zur Arbeitseinstellung aufgefordert. Der Verkehr mit Hongkong ist unterbrochen. Es werden viele Brandstiftungen gemeldet, unter denen besonders Polizeiwachen gelitten haben. Zu Zusammenstößen mit Ausländern ist es bisher noch nicht gekommen.

Lunatscharski russischer Gesandter in Rom

Rom. Nach italienischen Blättermeldungen aus Moskau ist der Volkskommissar für das Unterstaatswesen, Lunatscharski, zum Nachfolger des russischen Gesandten in Rom, Kamenew, ernannt worden.

„Aber wir haben Lord Southern gerettet. Fu-Mandschu wird uns nun eine Genialität zuschreiben, ebenso groß wie die seine.“

„Wir müssen ihn nach und versuchen, ihn einzuholen. Verschwindet! Ich kann meinen linken Arm nicht bewegen.“

„Eine Verfolgung wäre jetzt Zeitvergeudung. Denn wir wissen nicht, wohin er sich wandte.“

„Stradawid Hall ist kaum fünfzehn Kilometer von der Küste entfernt. Es gibt nur eine praktische Beförderungsart, um einen völlig bewußtlosen Mann, wie Lord Southern es war, von hier heimlich nach London zu schaffen.“

„Glaubst du, daß er ihn nach London zu bringen beabsichtigte?“

„Ehe er ihn nach China einschiffte, bestimmt!“

„Ein Schiff?“

„Eine Yacht wartet vermutlich am Strande. Fu-Mandschu kann sogar den Plan gehabt haben, ihn unmittelbar nach China zu transportieren.“

Lord Southern, eine bizarre Erscheinung, in meinem Staubmantel gehüllt und von seinem verführten Notar unterstützt, der nicht minder bleich war, als er selbst, trat aus der düsteren Gasse ins Mondlicht.

„Das ist ein Triumph für dich, Smith!“ bemerkte ich. Fern in der nächtlichen Stille erklang das Summen von Fu-Mandschus Auto.

„Nur ein halber Triumph!“ erwiderte er. „Aber wir haben noch eine Möglichkeit — den Ueberfall auf das Haus. Wann nur wird Karamanch Nachricht senden?“

„Meine Herren,“ sagte der Lord mit schwacher Stimme, „ich glaube, ich bin vom Tode erstanden.“

„Ja,“ bestätigte Smith langsam, „und bewahrt vor einem grauenhaften Schicksal. Denn der gelben Gesellschaft fehlt ein Southern. Eher ich habe Grund zu der Annahme, daß Dr. Fu-Mandschu vor drei Jahren in Deutschland war; selbst ohne das Grab Ihres großen deutschen Kollegen zu sehen, der eines plötzlichen Todes starb, wage ich zu behaupten, daß Homer in genau der gleichen Weise nach Wien entführt wurde. Und die futuristische Partei in China weiß, wie sie Männer an die Arbeit setzen kann!“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Aus einem polnischen Emigrantenlager

Von einem aus Oberschlesien stammenden Kanada-Auswanderer, der sich gegenwärtig im polnischen Emigrantenlager in Danzig-Neufahrwasser aufhält, erhalten wir ein Schreiben, welches wiederum einmal beweist, wie für polnische Staatsbürger im Auslande gesorgt wird.

Aus dem Schreiben entnehmen wir:

Im polnischen Emigrantenlager zu Danzig-Neufahrwasser befinden sich seit Wochen schon viele Kanada-Auswanderer, die zu diesem Aufenthalt gezwungen sind, da das Einreisewissen noch nicht eingetroffen ist. Für die meisten dieser zu dem unfreiwilligen Aufenthalt Gezwungenen, die durchweg dem Arbeiter- und Handwerkerkreise angehören, bedeutet das eine schwere Schädigung, da fast alle mit den Unkosten, die auf dieses sochenslange Warten auf das Einreise-Bisium nicht gerechnet haben. Und so mancher Emigrant hat schon seine letzte Habe veräußern müssen, um diese Kosten bestreiten zu können. Anstatt nun, daß diesen Heimatslosen im polnischen Emigrantenlager einige Erleichterungen gewährt würden, so ist das Gegenteil zu verzeichnen. Die Unterhaltung und Verpflegung läßt sich die Verwaltung des Emigrantenlagers mit fast einem Dollar bezahlen, dazu kommt noch, daß die anderen Bedarfsartikel gleichfalls sehr teuer sind und keineswegs dem tatsächlichen Werte entsprechen. Im Durchschnitt müssen 50 Prozent Aufschlag von den Emigranten bezahlt werden, während für Nichtauswanderer, die in den Lokalkitäten des Emigrantenlagers verkehren, weit niedrigere Preise erhoben werden. Allerdings wird noch ein weiterer Unterschied gemacht, und zwar für die, welche von der sogenannten „Fürsorge“ eine Bescheinigung haben. Auch sie erhalten alles billiger.

Die Zustände in diesem Lager sind solche, daß sich mit ihnen anbedingte ein Bürgerrecht beschaffen müßte, und dann auch die polnischen Behörden, die anscheinend ihnen bisher wenig Interesse entgegengebracht hatten.

Wir haben keine Ursache, an dem Inhalt des Schreibens zu zweifeln, da uns der Schreiber als ein gewissenhafter Mensch persönlich bekannt ist und dann auch, weil es doch bereits etwas Bekanntes ist, daß der polnische Staatsbürger im Auslande, und Danzig-Neufahrwasser ist eigentlich schon Ausland für uns, sich seitens der polnischen Institute und Behörden einer sehr schlechten Fürsorge erfreut. Wohl die meisten Klagen kamen aus Frankreich, so daß eine Regierungskommission vor nicht langer Zeit nach dort entsandt werden mußte. Aber nicht nur in Frankreich, überall scheint es so zu sein und das ist merkwürdig. Die polnische Presse, so erzählt man gewöhnlich, was nicht alles der Vater Staat für seine Kinder tut, wie rührend er für sie sorgt. Gewiß, wir glauben das, aber weshalb er duldet, wenn den armen Teufeln von Auswanderern in Danzig-Neufahrwasser die letzten Groschen aus den Taschen gezogen werden, verstehen wir einfach nicht. Schon aus Presse-Gründen müßte er in dem erwähnten Emigrantenlager nach dem Rechten sehen.

Betriebsratswahlen bei der Hüttenverwaltung der Vereinigten Königs- und Laurahütte

Am 10. und 12. d. Monats. fanden Neuwahlen statt. Die Polnische Berufsvereinigung — die Christen (Deutsche) und die Freien Gewerkschaften hatten Listen eingereicht. Der Polnische Metallarbeiterverband, Richtung Ribitzki, wollte mit den Freien Gewerkschaften gemeinsam gehen. Dies wurde jedoch von einigen Radikalen abgelehnt, trotzdem der Deutsche Metallarbeiterverband dafür war. Durch dieses ungeschickte Verhalten gaben die polnischen Metallarbeiter die Parole heraus, für die Polnische Berufsvereinigung zu stimmen, was das Resultat erheblich erhob.

Die Polnische Berufsvereinigung, Liste 1, erhielt 988 Stimmen — 4 Mandate und 1 Ergänzungsmann.

Die deutschen Christen (Liste Nr. 2) 506 Stimmen — 2 Mandate und 1 Ergänzungsmann.

Die Deutschen Freien Gewerkschaften (Liste Nr. 3) 1508 Stimmen — 7 Mandate und 1 Ergänzungsmann.

Bei den Angestelltenwahlen erhielt die Liste des Verbandes 224 Stimmen und die polnische Liste 70.

Wenn auch die Deutschen Freien Gewerkschaften mit dem Wahlergebnis zufrieden sein können, so darf in Zukunft nicht mehr der Einfluß einzelner Radikaler berücksichtigt werden, da man wieder einmal die Erfahrung machen mußte, wie schädlich er sich auswirken kann.

Wie soll der Wohnungsnot abgeholfen werden?

Der polnische Minister für öffentliche Arbeiten, der unlängst aus der P. P. S. ausgeschlossene Genosse Moraczewski, hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem wirtschaftlichen Rat zur Begutachtung vorgelegt, der geeignet erscheint, der schrecklichen Wohnungsnot in Polen zu steuern. Der Entwurf bewegt sich in zwei Richtungen: 1. Die Baukosten müßten zu reduzieren und 2. billige und langfristige Baurekredite zu beschaffen. Die Ermäßigung der Baukosten soll u. a. dadurch erzielt werden, daß die Frachtpreise für das Baumaterial herabgesetzt werden. Weiter wird die Regierung daran gehen, die Baugrundstücke im Preise ebenfalls herabzusetzen. Der Staat selbst gedenkt seine Grundstücke um 20 bis 30 Prozent billiger abzugeben, als sie vor dem Kriege gekostet haben; das selbe werden die Gemeinden tun. Meiner Ansicht nach, die auf Grund dieses Gesetzes gebaut werden, werden nach derselben Schablone gebaut, was zur Verbilligung der Baukosten beitragen wird.

Die Beschaffung von billigen und langfristigen Krediten ist eine äußerst schwierige Sache. Selbst die Auslandskredite können nicht für Baugewecke verwendet werden, weil sie zu teuer sind. Hohe Kapitalzinsen steigern bekanntlich die Miete und damit ist den ärmeren Volksschichten nicht gedient. Unter Wohnungsmangel leiden nicht die Reichen, sondern gerade die armen Leute, weshalb nur billige Wohnungen in Frage kommen können. Das hat auch das Ministerium für öffentliche Arbeiten richtig verstanden und daher wird in dem Entwurf von billigen Wohnungen gesprochen. Der Baufonds soll von der Besteuerung der Realitätenwerte erzielt werden. Die staatliche Realsteuer beträgt 7 Prozent und wird nach dem neuen Gesetzentwurf auf 28 Prozent erhöht. Diese Steuer wird am 1. 4. 1928 als am Tage, an welchem die Mietzinsen im ganzen Staate, ausgenommen die Einzimmerwohnungen, 100 Prozent der Kriegsmiete erreicht haben. Nach diesem Gesetz verbleibt dem Hausbesitzer 72 Prozent der Miete, der Staat erhält seine 7 Prozent und 21 Prozent wird dem Baufonds zugeführt werden können. Man hofft aus diesem Titel jährlich 105 Millionen Zloty einnehmen zu können, was

unter Hinzurechnung der Bodensteuer usw. jährlich insgesamt gegen 180 Millionen Zloty ergeben dürfte. Für dieses Geld gedenkt man jährlich 46 000 Zimmer neu herstellen zu können, ein Zimmer zu 4000 Zloty gerechnet.

Gegen diesen Gesetzentwurf laufen nicht nur die Hausbesitzer Sturm, was schließlich zu ertragen wäre, sondern alles, was sich als Stütze der kapitalistischen Weltordnung in Polen bezieht. Dieser Entwurf wird als Enteignungsgesetz bezeichnet, der den Anfang der Aufhebung des Privateigentums in die Wege leiten soll. Nun muß aber das heilige Eigentum geschützt werden, und daher wird von der kapitalistischen Presse aller Schattierungen dagegen Sturm gelaufen. Weiter wird vorgehalten, daß die heutige 100 prozentige Miete eigentlich nur 58 Prozent der Vorkriegsmiete beträgt, und falls davon noch 28 Prozent als Steuer abgeführt werden müssen, dann haben die Hausbesitzer gar kein Interesse mehr an ihren Häusern und werden keine Reparaturen durchführen. Die Hausbesitzer übertrieben gewaltig, doch legen sich dem Entwurf große Schwierigkeiten in den Weg. Dieser Entwurf war schon früher angekündigt und bildete bereits den Gegenstand der Beratung im Ministerrat. Er wurde umgearbeitet und die prozentuelle Besteuerung der Mietzinsen von 17 auf 28 Prozent erhöht.

Der Gesetzentwurf ist für ganz Polen gedacht, einschließlich Oberschlesien. Nun haben wir hier den schlesischen Wirtschaftsfonds, der nach Einführung des allgemeinen Gesetzes außer Kraft gesetzt werden müßte. Glück haben wir mit unserem Wirtschaftsfonds gerade nicht gehabt und nach dessen Aufhebung wird dem Gesetz niemand eine Träne nachweinen. In Ost-Oberschlesien haben wir das alte deutsche Enteignungsgesetz. Dem Staat steht es frei, Baugrundstücke zu billigem Preis zu enteignen. Trotz der vielen Anträge von fetten Baufürstern ist uns kein einziger Fall bekannt, daß Baugrundstücke enteignet wurden. Es muß abgemerkt werden, wie sich die Wohnungsfrage bei uns weiterhin entwickeln wird.

An die Mitglieder der Pressekommission

Am Donnersag, den 15. d. Mts., abends 7 1/4 Uhr, findet im Centralhotel eine Pressekommissionssitzung statt.

Streik in der Hugohütte

Die Belegschaft der im Kreis Tarnowitz gelegenen Hugohütte, welche sich vorwiegend mit der Fabrikation von chemischen Produkten befaßt, steht seit drei Tagen bereits im Streik, da die Verwaltung sich kategorisch weigert, die durch Schlichtungspruch festgesetzte Lohnerhöhung von 10 Prozent anzuerkennen.

Die Löhne in der Hugohütte waren von jeher sehr niedrige, dabei war dort die Unterebene eine kaum glaubliche, so daß der Schlichtungspruch nicht mehr wie recht war, aber man sieht wie frech heute das Unternehmertum geworden ist. Nicht zu vergessen ist, daß die Hugohütte dem Harriman-Konzern angehört, also jenem amerikanischen Kapitalisten, der hier so mit großer Begeisterung und so vielen Hoffnungen aufgenommen worden ist. Die Polska Zashodnia, die ihm seiner Zeit spaltenlange Artikel weihte und ihn als einen Volksbeglückter großen Stils pries, schreibt heute, daß die Verwaltung der Hugohütte in deutschen Händen liegt. Möglich, wir können das nicht nachprüfen, aber die Verwaltung selbst ist wohl dort kaum maßgebend, in erster Linie doch die Besitzer, nach deren Direktiven diese arbeiten muß. Es liegt uns fern, die deutschen Unternehmer irgendwie in Schutz zu nehmen, aber es ist klüger, alles dem Deutschland in die Schuhe zu schieben. In Wirklichkeit ist es doch so, das deutsche und polnische Unternehmer, wenn es gilt, den Arbeiter übers Ohr zu hauen, sehr einträchtig handeln.

Die oberschlesischen Juden in der künftigen Wahlaktion

Die polnischen Blätter befassen sich schon jetzt mit der Frage der Teil- und Stellungnahme der jüdischen Wähler in Kattowitz, bezw. in Oberschlesien zu den im März 1928 stattfindenden Wahlen in den Sejm und Senat. Blätter können schon aus angeblich sicherer Quelle stammende Erklärungen jüdischer, maßgebender Kreise, die auf diese Stellungnahme zu den Wahlen Bezug nehmen. Unter anderem wird behauptet, daß ein bedeutender jüdischer Wirtschaftsblok im Entschließen begriffen sei, der unterbedingten Anschluß an die polnische Wahlaktion zum Programm sich gemacht habe.

Wie wir von wohlunterrichteter und maßgebender jüdischer Persönlichkeit erfahren, ist die Frage eines gesonderten jüdischen Wahlblockes zuerst erst im Stadium der ersten Anregung durch einen kleinen Kreis von wirtschaftlich tätigen Personen, die auf die kommenden Wahlen nicht vom politischen, sondern ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkte blickten. Wie weit diese gehen wird, läßt sich im Augenblicke nicht voraussagen, noch weniger voraussehen.

Die Frage der jüdischen Teilnahme an den Wahlen ist in Kattowitz und im allgemeinen in Oberschlesien vom nationalpolitischen Gesichtspunkte aus, wenig belangreich. Deutsche Juden, die bestimmt zum größten Teile, wenn nicht durchwegs, mit den Deutschen zusammengesessen werden, sind jetzt an Zahl in Oberschlesien so zusammenschmolzen, daß sie das Gewicht der Stimmzahlen auf welcher Seite immer kaum wesentlich verändern können. Was aber die zugezogenen „polnischen“ Juden betrifft, so ist, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, ihr Standpunkt keineswegs geklärt. Alles hängt bei diesen Juden von der Parole ab, die aus Warschau ausgegeben werden wird, sowie auch von den wahlaktiven Momenten, die die Deutschen in Oberschlesien beobachten werden. Stellen die Deutschen in Oberschlesien, und insbesondere in Kattowitz, ein formelle Minderheitsliste auf, auf der auch jüdische Kandidaten sich befinden, so stimmen diese jüdischen Wähler fast durchgehends auf die deutsche Minderheitsliste. Stellen aber die Deutschen eine rein deutsche Liste auf, dann stimmen diese Wähler für die polnische Liste.

Nachlänge zum Spionageprozeß Richter

Gegen den Eisenbahnbeamten Franz Richter aus Rossdgin, welcher i. Zt. wegen Spionage zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, wurde am gestrigen Montag vor dem Landgericht in Kattowitz wiederum verhandelt. Dem Beklagten ist zur Last gelegt worden, den Untersuchungsrichter Dr. Kiepsielewski in einer besonderen Eingabe an das Justizministerium in Warschau durch den erhobenen Vorwurf der Parteilichkeit, verleumdet zu haben. Aus der Beweisauf-

Theater und Musik

„Kindervorstellung der Neißer Spielfahr.“

Der gestrige Nachmittag brachte abermals für die Kleinsten eine Märchenarbeit, und zwar durch die sogenannte „Neißer Spielfahr“. Diese Truppe verfügt über ganz ausgezeichnete Kräfte und ist auch in ihrer Wirkung recht annehmbar. Doch steht die Wahl der Stücke selbst weiter hinter den üblichen Märchen zurück. Zunächst gelangte das Märchen von dem König mit den „Pfeffermüllern“ zur Aufführung, welches an und für sich zwar leicht verständlich ist, aber zu wenig Handlung bietet und in seiner Entwicklung lüdenhaft ist. Besser war schon das Köhlerische Stück vom „Hans fürcht dich nicht“, der auszog, um das Grusel zu lernen. Hierbei kamen die Kinder durch Humor und eine gewisse Spannung der Ereignisse schon mehr auf die Kosten. Auch verstand es der Darsteller des „fürchtlosen“ Helden wunderbar, sich das Herz seines Publikums zu erobern. Aber die Kleinsten haben bestimmt nichts davon profitiert, auch fehlte der rötliche weihnachtliche Einschlag.

Es ist unbestreitbar, daß die Neißer Künstler ernsthaft bestrebt sind, recht Gutes zu bieten und zwar auf einfache Weise: Stillbühne, kein Wechsel der Dekoration, auch die Gewänder der Spieler höchst einfach und ohne jeden Prunk. Dies mag im allgemeinen recht empfehlenswert sein, zumal für Wanderkünstler. Aber man muß auch an das kindliche Publikum denken. Die Kinderseele verlangt Farbenpracht, wechselvolle Bilder, Musik und auch Tanz. So hörte ich z. B. ein Kind neben mir sagen: „Das ist doch keine Hochzeit, die Braut hat ein schiefes Kleid an.“ Also das ist es, wonach sich die Kinder sehnen, wenn sie in den Weihnachtsstagen ins Theater gehen. Und

diese äußeren Reize fehlen den sonst recht anerkanntswerten Leistungen. Trotzdem amüsierten sich die Kinder ganz famos — das Haus war ausverkauft — und spendeten den Darstellern reichen Beifall.

„Zwölftausend.“

Schauspiel in 3 Akten von Bruno Frank. Immer aufs neue wird der Beweis erbracht, daß ein geschickter Griff in historische Materien hinreichenden und guten Stoff für Bühnenstücke liefert. Das hat auch Frank wiederum recht kräftig bewiesen. Den Kernpunkt seines Schauspiels bildet jener Zeitabschnitt der deutschen Geschichte, da eine Clique von Fürsten durch Verkauf ihrer Untertanen als Söldner — in diesem Falle an England zur Unterstützung der amerikanischen Freiheitsbestrebungen — den Ruf Preußens ernsthaft gefährdeten. Frank schildert auch die damalige Märeeswirtschaft an den Fürstentümern und bringt sehr interessante Momente in das Ganze hinein. Diesmal sollen 12 000 Mann verschifft werden, darunter auch zwei Brüder des Schreibers. Dieser benutzt nun einen Auftrag der fürstlichen Fremden, um mit Hilfe ihres Siegels, das an den Grenzen auch während der Bewachung respektiert wird, einen Brief an den preussischen König zu senden, in welchem er alles enthüllt. Der Erfolg besteht darin, daß durch einen Befehl des Königs im letzten Augenblicke der Ausmarsch verhindert wird aber auch Viderit, der Schreiber, verhaftet wird. Doch schließt ihn eine Order des preussischen Obersten vor den Folterqualen, und er beschließt, mit seinen Brüdern nach Amerika zu wandern, wo gerade die Menschenrechte proklamiert und gegen die englische Krone die schwersten Anwürfe erhoben werden. Natürlich ist auch die Mätresse ihrer „Würde“ enthoben.

Soweit die Geschwinde im Stück selbst. Man muß sich wundern, wie die ganze Art und Weise der einzelnen Charak-

tere auch in der heutigen Zeit, moderne Anwendung finden. Ganz abgesehen von dem politischen Schacher, der ja nie aufhören wird, auch von der Despotin der Fürsten, die ja heute ausgespielt haben, so kann man sehr wohl einen Vergleich dahin ziehen, daß in der heutigen Zeit auch noch eine gewisse Schicht existiert, die mit Hilfe ihres Reichtums und ihrer Macht das Heer der arbeitenden Masse ausbeutet und verkauft, wie es ja jeder Tag aufs neue lehrt. Wo, wenn auch die Art der Mächtigen etwas anders geworden ist, sie sind jedenfalls da und quälen ihre Sklavenheere bis aufs Blut. Die Proklamation der amerikanischen Menschenrechte aber sollte auch ihnen einen Weg in die Zukunft weisen. So gibt uns das Frankische Stück doch recht viel Anregung zum Denken und Vergleichen.

Die Aufführung kann nur mit vollster Anerkennung bewertet werden. Zunächst sei Herbert Schiedel als Viderit genannt, der diesen Helden durchaus charakteristisch zeichnete. In Adolf Rehbach sahen wir einen gewandten und würdevollen Herzog. Rudolf Kauba gab den englischen Unterhändler mit gutem Einschlag. Desgleichen fand sich Fritz Leyden in der Rolle des Ministers vollkommen zurecht. Ein echter, rechter Preuße war der Oberst von Arthur Ciorst. Charaktere Scheier verkörperte die Spangenberg scharmant und weßlich lolett, doch fehlte ihr nicht ein gewisser feiner Herzenszug. Die beiden Brüder des Viderit wurden von Joachim Ernst und Erich Göhe recht treffend wiedergegeben. Hermann Haindl's Bühnendekoration ließ nichts zu wünschen übrig, so daß alles in allem genommen, dieses Stück in der Reihe der Schauspiele ein bemerkenswertes Ereignis ist.

Die Beifallsstundgebungen des gut besetzten Hauses beweisen dies aufs beste. Wir können eine Wiederholung sehr empfehlen!

A. R.

Börjunktur vom 13. 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverändert)

Warschau . . . 1 Dollar	amtlich = 8.913/4 zł	frei = 8.93 zł
Berlin . . . 100 zł	= 46.92 Rml.	
Kattowitz . . . 100 Rml.	= 213.25 zł	
1 Dollar	= 8.913/4 zł	
100 zł	= 46.92 Rml.	

Die Korfantyisten im Wahlkampfe

Mit Ausnahme der hiesigen N. P. R. und Kommunisten sind bereits alle politischen polnischen Parteien offiziell in den Wahlkampf eingetreten. Die hiesige Korfantypartei hielt bereits am vergangenen Sonntag ihre Konferenz ab und ist durch einen Aufruf offiziell in den Wahlkampf eingetreten. Der Führer der Ch. D. Korfanty feierte auf dieser Konferenz direkt Triumphe, ein Beweis, daß er seine Partei fest in der Hand hält. Er hat sich auf Grund des Urteils des Marschallengerichtes zum Rückzuge von der Warschauer Sejmtribüne entschließen müssen. Die Leitung der polnischen Ch. D. hat eingesehen, daß seine Kandidatur der Partei mehr Nachteile als Vorteile bringen würde und bewegte Korfanty zur Resignation von einer neuerlichen Auffassung seiner Kandidatur. Herr Korfanty erklärte auch in seinem Referat, daß er nicht mehr kandidieren werde. Diese Erklärung rief Protestrufe der Konferenz hervor, die die Kandidatur Korfantys verlangte. Ob diese Demonstration vorbereitet, oder aber spontan war, läßt sich nicht beurteilen. Die Konferenz nahm eine Entscheidung an, in der verlangt wird, daß Korfanty weder kandidieren soll. In dieser Entscheidung wird von der Ch. D. in Polen die Berücksichtigung der schlesischen Sonderheiten verlangt und von einer schlesischen Ch. D. gesprochen. Das riecht sehr nach einer Spaltung, die mit der Person Korfantys im Zusammenhang stehen dürfte. Die Ch. D. in Polen will Herr Korfanty aus der Partei beseitigen. Er hat aber starken Anhang in der schlesischen Organisation, die ihn nicht fallen lassen will.

Die Konferenz, die angeblich durch mehr als 500 Delegierten besucht war, ist nicht programmäßig verlaufen. Das erste Referat über die politische Lage, hielt Herr Korfanty. Das

zweite Referat sollte Herr Janicki halten. Angeblich wegen vorgerückter Zeit, ist das Referat Janicki ausgeblieben. Wer aber die wahre Ursache über die Absagung des Referates erfahren will, der möge die „Polska Zachodnia“ vom Sonntag zur Hand nehmen. Er wird dort einen Artikel über die Ch. D. Konferenz vorfinden, der neben Korfanty auch den Sejmabgeordneten Janicki total herunter macht. Aus dem Artikel erfahren wir, daß Janicki in Gelsenkirchener Ziegeleiarbeiter war und schon damals als Mitbesitzer der Kaffeebörse, die Witinahaber, die im Felde standen, übers Ohr gehauen hat. Janicki gründete nach dem Blatte eine Reihe Spolka in Tarnowitz und heute die Anleiher alle übers Ohr. Selbst mit Grundstücken spekulierte J. und machte sein Weiterbleiben in Tarnowitz unmöglich. Diese Anschuldigungen erschienen Sonntag früh in der „Polska Zachodnia“ und bewirkten, daß Herr Janicki mit seinem Referat nicht herausrücken konnte.

Die Ch. D. Konferenz, an der auffallend viel Geistliche teilnahmen, hat einen Aufruf an das schlesische Volk beschlossen, der von Realismus nur so strahlt. Vor allem wird dort der Wahlauftrag der Bischöfe begrüßt und ihnen die kindliche Treue und Gehorsam gelobt. Zum Schluß heißt es, daß die Ch. D. Schlesien und die Schlesier gegen die Mißachtung der eingewanderten Elemente in Schutz nehmen werden.

Die Konferenz erklärt feierlich, daß ein Wahlkompromiß mit den Korfantyisten und der Sanacja Moralna völlig ausgeschlossen ist. Dafür wäre sie geneigt, mit anderen katholischen Parteien (soll heißen der N. P. R. — Die Red.) einen Wahlblock einzuräumen. Selbstverständlich wurde wieder Herr Korfanty zum Leiter der Partei gewählt.

nahme war folgendes zu entnehmen: Der Beurteilte legte in der festgelegten Frist bei der höchsten Gerichtsinanz gegen das Urteil Revision ein und stellte den Antrag zwecks Wiederaufnahmeverfahren. Da dieses Gesuch jedoch abschlägig beschieden wurde, richtete K. an das Justizministerium eine Beschwerde, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Untersuchungsverfahren oberflächlich und parteilich durchgeführt worden ist. Weiter hieß es, daß wichtige Akten abhanden gekommen seien, welche entlastendes Material aufwiesen, so daß unter Umständen bei der gerichtlichen Vorlegung eine Freisprechung des Beklagten hätte erfolgen können.

Diese Beschwerde wurde dem Landgericht in Kattowitz zugestellt und die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung unterzogen, wobei sich die Behauptungen als falsch und unwahr erwiesen. Daraufhin wurde gegen Richter ein Strafverfahren wegen Verleumdung und falscher Anschuldigung des Untersuchungsrichters eingeleitet. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er mit seiner Eingabe eine Beleidigung des Untersuchungsrichters keineswegs beabsichtigt habe, sondern die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens anstrebte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen falscher Anschuldigung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Die Verhandlung wurde zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Die Bummel der Kleinbahn

Die bekannte Bummel der Kleinbahn ist mit Beginn der Wintermonate fast unerträglich geworden und das in erster Linie für die Berufstätigen. Ohne wesentliche Verzögerungen geht es bei ihr nun einmal nicht und geht das in dem bisher. Tempo weiter, dann wird man von Königshütte nach Kattowitz um Neujahr herum mindestens zwei Stunden an Fahrzeit benötigen; von Beuthen ist erst garnicht zu reden.

Und noch eine sehr unangenehme Erfahrung macht man. Sehr häufig kommt es vor, daß der Strom ausfällt, jedoch man miunter über eine halbe Stunde auf der Strecke liegen bleibt. Das ist erst vorige Woche des Sonnabends dem zweiten Zug nach Kattowitz morgens nach 5 Uhr hinter Domb passiert. Die diesen Zug benütenden Arbeiter waren gezwungen, um nicht zur Arbeitsstelle zu spät zu erscheinen, zu Fuß weiter zu laufen. Wie es sich später herausstellte, gab es eine Störung im Unterwerk. Unseres Erachtens muß es Möglichkeiten geben, um derartiges zu verhindern. Auf eine unererleits diesbezügliche Rückfrage bei Fachleuten wurde das bestätigt, es scheint daher, als wenn es in der D. E. W. an gutgeschulten Fachkräften mangelt.

Man weiß zwar, daß das jetzige Kleinbahnnetz vollkommen veraltet ist und nicht im geringsten den gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht, doch eine so unangenehme Bummel müßte sich vermeiden lassen, doch es steht so aus, als wenn in der Direktion der Kleinbahn vom Organisationsstapel nicht das geringste voranden wäre, dafür aber umso mehr die Sucht, die Fahrpreise ständig zu steigern.

Medizinische Hilfe für Reisende

Die Sanitätsabteilung des Verkehrsministeriums teilt mit, daß den Reisenden und ähnlichen Privatpersonen, die auf Eisenbahngeleise verkehren und plötzlich erkranken, die erste Hilfe von den Ärzten und dem Sanitätspersonal der Eisenbahn zu leisten ist. Im Falle von Behinderten, die die Erteilung der ersten Hilfe durch die oben genannten Personen unmöglich machen können Privatärzte herangezogen werden, die von der Eisenbahnverwaltung aus den vorgeschriebenen Mitteln bezahlt werden. Diese Anordnung bezieht sich auch auf die Hilfeleistung durch Hebammen.

Kattowik und Umgebung

Zu den kommenden Sejm- und Senatswahlen.

Amthliche Registrierung der Wähler in Groß-Kattowik.
Zwecks Aufstellung der amtlichen Wählerlisten für die ausgeschriebenen Wahlen geht der Magistrat in Kattowik an die Registrierung aller wahlberechtigten, in Groß-Kattowik wohnhaften Personen heran. Diese Registrierung wird in der Zeit vom 13. bis einschließlich 15. Dezember d. Js. vorgenommen. Den Hausbesitzern sind sogenannte Wohnungslisten zugestellt worden, welche allen selbständigen Haushaltungsvorständen bzw. Wohnungsinhabern ausgehändigt werden müssen. Hausbesitzer, welche noch keine Listen erhalten haben, können die notwendigen Formulare auf Zimmer 7 des Magistrats abholen. Jeder Wohnungsinhaber ist verpflichtet, die Listen sofort und äußerst sorgfältig auszufüllen. Nach Ausfüllung müssen die Formulare dem Hausbesitzer bzw. dessen Vertreter wieder zugestellt werden.

In die Wohnungsliste sind alle diejenigen Personen aufzunehmen, welche am 5. Dezember d. Js. das 21. Lebensjahr erreicht haben und somit wahlberechtigt geworden sind. Außer dem Wohnungsinhaber sind die Ehefrau, Kinder und das Dienstpersonal aufzuführen, sofern alle diese Personen die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, das vorgeschriebene Alter aufweisen und mindestens seit dem 4. Dezember hierorts (d. i. in Kattowik) wohnen. Anzugeben sind auch alle diejenigen, wohnhaften Personen, welche vorübergehend abwesend sind. Familienangehörige, die zum aktiven Heeresdienst eingezogen wurden, dürfen nicht namentlich eingetragen werden, dagegen jedoch Reservisten, welche bekanntlich nach einer mehrwöchentlichen Uebung wieder nach Haus zurückkehren.

Die fraglichen Wohnungslisten müssen dem Hausbesitzer bis spätestens Mittwoch abends (14. d. Mts.) wieder zugestellt werden. Beauftragte des Magistrats holen die Formulare schon am Donnerstag früh ab.

Ueberfall in der Parkanlage. Auf die von der Arbeit heimkehrende Gertrud M. aus Boruckisch wurde in der Parkanlage an der Ferdinandsgrube ein Ueberfall verübt. Der unbekannt Täter warf die M. zu Boden und wollte sie durch einen Schlag in die Nase. Die Ueberfallene setzte sich zur Wehr und rief um

Hilfe, worauf der Unthod verschwand. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

Schwerer Radeneinbruch. Bisher nicht ermittelte Täter drangen in den Radraum des Kaufmanns Moes Gerlach auf der Holzstraße in Kattowik ein und entwendeten drei Räder sowie ein Paar Butter im Werte von 1320 Zł. Aus einem Fach wurde ferner das Zeugnis über das Handelspatent, ausgehändigt auf den Namen des Geschädigten, gestohlen.

Diebstahl in der Bank. Beim Einschließen eines Geldbetrages in Höhe von 20 000 Zł. wurde dem Maximilian M. aus Kattowik in der Dresdener Bank auf der Bahnhofstraße aus der Aktentasche eine Geldsumme von 7 380 Zł. gestohlen. Es muß sich um einen äußerst gewagten Spitzhaken handeln, dem es gelang, trotz äußerster Aufmerksamkeit des Bestohlenen sein Vorhaben auszuführen und unentdeckt zu verschwinden.

Königshütte und Umgebung

Zu den Sejmwahlen. Der Magistrat Königshütte bringt hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund einer Verordnung des Herrn Staatspräsidenten, die Wahlen zum Warschauer Sejm und Senat festgesetzt wurden, und zwar für den Sejm auf den 4. zum Senat auf den 11. März 1928. Zwecks Aufstellung der Wählerlisten, wurden durch Magistratsbeamte den Hausbesitzern und Verwaltern Formulare ausgehändigt, die den Haushaltungsvorständen und selbständigen Wohnungsinhabern zugestellt werden müssen. Wer keine Formulare erhalten sollte, erhält ein solches im Rathaus, Zimmer 24. Die Formulare sind sofort auszufüllen und den Hausbesitzern wieder zurückzugeben. In die Listen sind alle Personen, die am 3. Dezember mindestens 21 Jahre alt sind, bzw. an diesem Tage 21 Jahre alt werden, einzutragen. Ferner sind außer dem Haushaltungsvorstand einzutragen, die Ehefrau, Kinder, Dienstboten und Mieter, soweit sie 21 Jahre alt sind und die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, auch dann, wenn bei Ausstellung der Listen, die in der Wohnung wohnhaften Personen nicht anwesend sein sollen. Die der aktiven Militärpflicht gemüßenden Personen brauchen nicht eingetragen werden, jedoch solche, die sich teilweise beim Militär befinden (Reservisten). In Anbetracht der kurzen Frist, müssen die ausgefüllten Formulare bis zum Dienstag, den 13. Dezember 1927, abends, dem Hausbesitzer zurückgegeben werden, da die Listen am Mittwoch, den 14. Dezember von den Magistratsbeamten wieder abgeholt werden.

Das unangenehme Bildnis. Im Vereinszimmer des Volkshauses, dem Sitz der Freien Deutschen Gewerkschaften vor Königshütte, hängt seit Jahren ein Bildnis unseres unvergesslichen Genossen Bebel. Obwohl das Vereinszimmer von anderen politischen Richtungen sowie Vereinen benutzt wird, fiel es aber keinem dieser ein, Anstoß an dem Bildnis zu nehmen, denn schließlich muß man eben den Umständen Rechnung tragen. Nun fiel es endlich dem laih. Gesellenverein, der sich sonst in den Räumen des Volkshauses sehr wohl fühlt, vielmehr einigen Mitgliedern ein, daß es doch für einen katholischen Verein ein ziemlich unpassend sei, wenn in dem Lokal, indem er tagt, ein Bildnis eines sozialistischen Führers über ihren Häuptern hängt und machte den Versuch, allerdings vorüberhand einen schüchternen das Bildnis zu entfernen. Es blieb bei dem Versuch und wird auch dabei bleiben. Wir wollen an dieser Stelle keineswegs dem genannten katholischen Gesellenverein einen Vorwurf machen, nur lediglich den in Frage kommenden Mitgliedern, besonders einem Herrn aus der Schornsteinfegerzunft, der sonst nicht sehr prüde ist mit der nationalen Ueberzeugung. Für heute wollen wir es damit bewenden lassen.

Eröffnung der neuen Blindenwerkstatt. Am Sonnabend wurde die von der Stadt an der ulica Hajduka 20 (Heiduckstraße) erbaute Blindenwerkstatt eröffnet. Nach einem Gottesdienst in der Hedwigskirche wurde die neue Werkstatt im Beisein von staatlichen, städtischen und privaten Korporationen eingeweiht, wobei Stadtpräsident Spaltenstein die Schlüssel zu der Werkstatt dem Verein übergab. Nach mehreren Ansprachen ergriff der derzeitige Vorsitzende, zweiter Bürgermeister Dubiel das Wort und dankte allen denen, die zum Gelingen des großen Werkes beigetragen haben. Daraufhin brachte ein Gesangschor der Blinden einige gutvorgetragene Lieder zu Gehör, nachdem sich eine Besichtigung der Fertigungsabteilung, welche die Blinden in Rordmöhlen, verschiedenen Bürsten Körben usw. angeschlossen. Das Gebäude selbst bietet bis 100 Blinden Aufnahme und besteht aus einer großen Werkstatt einem Raum zur Aufbewahrung von Fertigfabrikaten, Räumen zur Unterbringung von Rohstoffen, sowie einigen Büro- und Nebenräumen. Nach diesem Eröffnungs- bzw. Besichtigungsausschloß sich im großen Saale des Vereinshauses eine Nachmittagsfeier für die Blinden an, die vom Bürgermeister Dubiel geleitet wurde. Musikalische und gesangliche Darbietungen der Blinden verschönerten die Feier. Nach Auskündigung eines Weihnachtsfestes an alle Anwesenden erreichte die Feier ihr Ende. — Auch wir beglückwünschen

die des Augenlichtes beraubten zu ihrem neuen Wirkungs-ort, damit ihnen Arbeitsmöglichkeit und Ablenkung geboten wird.

Semianowik

Die Unzuchtlichen bringen es an den Tag. Böse Jungen haben festgestellt, daß es bei der Ordensverleihung an Barbara nicht ganz einwandfrei zugegangen ist, in puncto Würdigkeit. So ist ein gewisser C. ebenfalls dekoriert worden; Tatsache ist, daß C. vor 4 Jahren auf Richterstraße einen 15 Meter langen Treibstempel gestohlen hatte und zwar von einem Kompressor in der 206-Meter-Sohle. Dafür erhielt er eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Sollte für die Würdigkeit nicht auch eine bestimmte Parteizugehörigkeit ausschlaggebend gewesen sein? Auffallend ist, daß z. B. von Oberhäufern mit 43—46 Dienstjahren keiner dekoriert worden ist.

Ueberfall auf dem Hülgerplatz. Der Separationswärter Karl Sawlitzky von der Richterstraße 40, wurde auf dem Nachhausewege abends 11 Uhr von 7 Mann überfallen. Ein Hieb mit einem Schlagring brachte ihn zu Boden. G. raffte sich aber zur Verteidigung auf, mußte aber der Uebermacht weichen; die Unholden traten mit Füßen auf G. herum. Sein herbeigeeilter Bruder wurde ebenfalls schwer verletzt. Bei der Gelegenheit nahm man G. einen neuen Hut und 1 Paar Belzhandschuhe weg. G. meldete den Vorfall der Polizei, welche ihn in Schutzhaft behielt. Die Täter sind bekannt. Die Unsicherheit nimmt in unserer Ortschaft dauernd zu, wie aus Zeitungsberichten fortwährend zu erfahren ist. Wir haben zwar, figurlich, einen schönen Polizeikommissar, wie aus dem C.i. geht; es ist aber sehr fraglich, ob er sich wird unter die Umständen auf die Dauer durchsetzen können.

Fahrradmarder und Gänsejeb. Kosminski R. ließ vor der Restauration Generalich ein Fahrrad stehen, welches bald einen Liebhaber fand. — Diebe erbrachen den Gänsestall von Schubert auf der Fiknerstraße, stahlen die Köpfe ab, und verschwand mit dem Weihnachtsschaten.

Schwientochlowik u. Umgebung

Bismarckhütte. (Achtung Ortsauschussmitglied.) Am Mittwoch, den 14. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr, findet im Metallarbeiterbüro, ul. Krawowska eine wichtige Ortsauschuss-sitzung statt.

Pflez und Umgebung

Nikolai. (Aus dem Plessischfürstlichen Knappschafslazarett.) Vor kurzem meldete sich ein schwer rheumatisches Mitglied unserer Partei im Plessischfürstlichen Knappschafslazarett zur Behandlung. Der Oberarzt untersucht den Patienten, befragt ihn sehr eingehend nach dem Leiden und verordnet ihm zu guterletzt 2 Aspirin-tabletten, wie das so früher während des großen Weltkriegebades der Fall war. Schließlich erkundigt sich der Oberarzt nach dem Alter des Patienten. Er ist nun 38 Jahre alt und als das der Herr Oberarzt hört, meint er, ja wenn Sie 50 Jahre alt wären, würde ich an den Rheumatismus glauben, aber so nicht. Und damit verließ er das Krankenzimmer, ohne sich aber nicht enthalten zu können, die Bemerkung zu äußern: „Lassen Sie sich hier nicht lange weilig werden.“ — Der Herr Oberarzt dieses Lazarettes scheint während des großen Staßbades schon an der Arbeit tätig gewesen zu sein, denn seine jetzige Heilungsmethode, mindestens was Rheumatismus anbelangt, ist sehr darauf. Die Nikolaier Knappschafslazarett werden sich mit diesem Herrn aus diesen Gründen gelegentlich etwas unterhalten müssen und das sehr deutlich, denn dazu werden keine Knappschafsbeträge entrichtet, um sich dann eine solche Behandlung gefallen lassen zu müssen.

Deutlich-Oberichleien

Hindenburg (Zweifelhafte Jagd auf einen Töbühltigen). In der Donnersagnacht habe sich ein Patient des städt. Krankenhauses in einem Tobuchtungsfall aus seiner Zelle befreit und war auf das Dach geflohen. Alle Versuche des Personals, ihn einzufangen, verliefen ergebnislos. Der Tobühltige ließ niemanden nahe kommen. Er zerhückte Türen, Scherben, warf mit Zerstörsteinen und warf sich vorweilert. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr veruchte mittels Leitern auf das Dach zu kommen. Der Tobühltige eröffnete auf sie ein wildes Bombardement mit Zerstörsteinen. Erst nach zweifelhafte Jagd gelang es dem herbeigeeilten Ueberfallkommando den Tobenden in sicheren Gewahram zu bringen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich wohnhaft in Król Huta; für den literarischen Teil: Anton Kozicki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp z ogr oop. Katowice; Druck: „Vita“ naklad drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Der Kampf um den Einfluß im Staate

Die Umgruppierung der polnischen Parteien und ihre Wahlchancen.

Die bevorstehenden Wahlen haben eine verstärkte Tätigkeit aller politischen Gruppierungen Polens verursacht. Noch trennen uns drei volle Monate von den Tagen der Stimmabgabe, doch ist schon jetzt ein reges Leben, ein ständiges Beraten und Verhandeln in den führenden Instanzen der Parteien zu beobachten. Man rüstet zu dem großen Kampf um den Einfluß im Staate durch erhöhte Arbeit in den Organisationen, man sucht Anschluß an andere Gruppen, um durch Blockbildungen seine Wahlchancen zu vergrößern.

Im Vergleich zum Jahre 1922 muß gegenwärtig ein gewisses Chaos in der Gruppierung der politischen Kräfte des Landes in die Augen springen. Damals waren die zum Wahlkampf aufmarschierenden Parteien innerlich geeicht. Die Regierung aber hielt sich von jeder Beeinflussung der Wahlen fern und spielte lediglich die Rolle des Beobachters. Anders ist es jetzt. In verschiedenen Parteien sind große Veränderungen vor sich gegangen. Abspaltungen und Schwächung des Einflusses im Lande, sowie die Entstehung neuer Parteien ergeben ein Bild, das sich vor dem des Jahres 1922 bedeutend unterscheidet. Die Einstellung der Parteien zur gegenwärtigen Regierung Pilsudskis ist maßgebend für die Bildung von Wahlvereinigungen, in die Regierung selbst sammelt ihren Anhang, um durch Beteiligung am Wahlkampf die Mehrheit im zukünftigen Parlament zu erzielen. Um ein klares Bild über die gegenwärtige Gruppierung der politischen Kräfte zu gewinnen, erscheint es notwendig, die Wahlen des Jahres 1922 und deren Ausgang in Erinnerung zu bringen.

Auf der Rechten marschierte der geschlossene Block der Christlich-Nationalen Einheit (Liste 8), dem drei Parteien angehörten: der Nationale Volksverband (Endecja), die Christliche Demokratie und die Christlich-Nationale Partei. Die Einheit gelang es 163 Mandate zu gewinnen. Kein Wunder, denn er arbeitete mit mächtigster Demagogie (Wählt die Liste 8 und das Brot wird 30 Groschen kosten) und hatte den gesamten katholischen Klerus zu seiner Verfügung. Der Nationale Volksverband, der die führende und stärkste Gruppe dieses Blocks bildete, hat in letzter Zeit durch die konsequente Bekämpfung von linken Pilsudskis und dessen Gruppen starken Abbruch erlitten. Der damalige Nationalheld Konaritz, der in mehreren Wahlkreisen als Spitzenkandidat und Zugmittel des Blocks figurirte, hat vollständigen politischen Bankrott erlitten. Die Christliche Demokratie ist nicht mehr geneigt, sich der Führung der Endecja unterzuordnen und sucht Anschluß an Pilsudski. Die Agrarier von der Christlich-Nationalen Partei suchen Anschluß an die unter Pilsudskis Einfluß stehenden konservativen Gruppen und werden mit ihnen unter der Parole der Unterstützung Pilsudskis in den Wahlkampf ziehen. Die allmächtige Chjena hat ausgepfiff.

Die Bauernpartei „Piast“, die die Hauptvertreterin des sog. Zentrums ist, eroberte 70 Mandate, von denen der größte Teil auf Kleinpolen fiel. Diese Partei spielte unter Führung von Witos bis zum Maiumsturz eine große Rolle. Sie ging jedoch unabhängig in der Gesellschaft der Chjena-Gruppe, was zweimal größere Spaltungen in der Partei verursachte. Auch in dem heute verbliebenen Rest der Partei machen sich Strömungen bemerkbar, die auf eine Schwärzung nach dem Regierungslager hinführen. Jedenfalls hat Witos seine Rolle so gut wie ausgespielt. Der „Piast“ wird in der alten Größe nicht mehr erscheinen. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um einen Wahlblock zwischen dem „Piast“ und der Christlichen Demokratie herzustellen.

Eine weitere Gruppe des sogenannten linken Zentrums bildet die Nationale Arbeiterpartei (N. P. A.), die mit 18 Man-

daten in den Sejm einzog. Auch diese Gruppe schloß sich der Rechtsmehrheit an und ging mit der Chjena durch und dünn. Dies führte zu ernstlichen Reibungen und schließlich zum Austritt zweier Abgeordneter, die eine neue Gruppe, die N. P. A.-Linke, gründeten. Die N. P. A.-Linke geht im Fahrwasser der Regierungspolitik und wird wahrscheinlich mit den Regierungsparteien einen gemeinsamen Wahlblock bilden. Die N. P. A.-Linke ist bedeutend geschwächt, wozu nicht nur die Preisgabe der Arbeiterinteressen und das Zusammengehen mit der Rechten, sondern auch die Kompromittierung ihrer Führer (die Affäre Popiel) viel beitrug.

Auf der Linken erzielte die radikale Bauerngruppe „Wyzwolenie“ 49 Mandate, die hauptsächlich auf Kongregpolen und die Ostgebiete entfielen. Die „Wyzwolenie“ erhielt im Sejm einen bedeutenden Zuwachs durch die Spaltung der Piastengruppe. Später jedoch begann der Auflösungsprozeß der „Wyzwolenie“ selbst. Ihren Reichen entstammen die Gründer der Unabhängigen Bauernpartei, die wegen ihrer kommunistischen Tendenzen für illegal erklärt wurde. Ein Teil der „Wyzwolenie“ bildete zusammen mit der Sezession des „Piast“ die neue Bauernpartei, die sich vorbehaltlos für Marshall Pilsudski erklärte. Der verbliebene Rest der „Wyzwolenie“ bildet eine durchweg demokratisch gesinnte Gruppe, die die parlamentarische Regierungsform gegenüber den diktatorischen Anmachungen der Pilsudski-Regierung verteidigt. Die Wahlausichten dieser Gruppe sind gute. Es sind Bemühungen im Gange, einen gemeinsamen Wahlblock zwischen N. P. S. und „Wyzwolenie“ herbeizuführen.

Die Poln. Sozialistische Partei (P. P. S.) erhielt bei den letzten Wahlen 41 Mandate. Diese Partei ist von jeglichen Spaltungen verschont geblieben. Die großen Erfolge der P. P. S. bei den Kommunalwahlen lassen darauf schließen, daß die bevorstehenden Wahlen den polnischen Sozialisten einen bedeutenden Zuwachs an Mandaten bringen werden.

Die Kommunisten kamen 1922 mit 2 Mandaten in den Sejm. Ihnen gesellen sich im Laufe der Zeit vier ukrainische Kommunisten hinzu. Die unsinnige Politik aller bisherigen Regierungen, die die Kommunisten mit harten Repressalien bekämpften, führte zu einem bedeutenden Anwachsen der kommunistischen Stimmen, bei den Kommunalwahlen in Warschau, Lodz usw. Diese Stärkung der Kommunisten wird auch bei den bevorstehenden Sejmwahlen zutage treten.

Die nationalen Minderheiten bildeten im Jahre 1922 einen gemeinsamen Wahlblock, der 66 Mandate erzielte. Für die kommenden Wahlen ist wiederum ein Block der nationalen Minderheiten gegründet worden. Obwohl der Block bisher noch nicht alle Parteien der Minderheiten umfaßt, dürfte er dennoch eine beträchtliche Zahl von Mandaten erzielen, da diesmal die Ukrainer Ostgaliziens an der Wahl teilnehmen, was im Jahre 1922 nicht der Fall war.

Als neue Gruppe wird der Block der Regierungsparteien aufmarschieren dem die Arbeitspartei, der Verband der Sanierung der Republik, die Bauernpartei und die N. P. A.-Linke, sowie einige kleinere Gruppen angehören werden. Die konservativen Parteien, die sich gleichfalls um Pilsudski scharen, werden voraussichtlich mit einer eigenen Liste aufmarschieren. Beide Regierungsgruppen rechnen mit einem guten Wahlerfolg.

Aus obiger Darstellung ist zu ersehen, daß die politische Kräfteverhältnisse unseres Landes eine bedeutende Umgruppierung erfahren haben. Diese Umgruppierung wird selbstverständlich in dem Ergebnis der Wahlen ihren Ausdruck finden.

Arthur Kronig.

Das Marx-Engels-Institut in Moskau

Von Egon Erwin Kisch.

Nun hinabgehend zum Moskwafluß maße ich mir den Kontrast aus zwischen diesem schiffartigen Strom und der idyllischen Zim an deren Ufer ich nach dem Besuch des Goethe-Schiller-Archivs rastete in Weimar, dem Naturschutzpark vergangener deutscher Geistigkeit. Auch das Haus, von dem ich mich eben trennte, gilt dem Werk zweier deutscher Denker — aber für den Kunst umsonde sie nicht, und der Jubel des Theaterpublikums umhobte sie nicht, nie schritten sie würdig aus eigenem Palazzo am Frauenplan, niemals konnten sie sich in Leidenschaft der Liebe süß vergehen, sie bekamen keine Denkmäler, epollinisch verklärte, und ihre Werke sind nicht Erbhut und Möbel des deutschen Heims, ihre Namen sprich der Oberlehrer nicht mit verglücktem Schauer aus und ihre Biographie hat der Schüler nicht ehrfurchtsvoll auswendig zu lernen.

Gehet von Polizei und Verleumdung irren sie von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, sie, die mit wissenschaftlichem Geschick und aktuellem Kleinalter gegen eine internationale Front der Mächtigen kämpfen und im Exil starben.

Da sehe ich am schrägen Kaiand, noch voll von Eindrücken, noch erregt über Verfolgung, Mißbilligung, Verleumdung und Not zweier Sozialisten und über die Unzerbrechbarkeit ihrer Riesenkraft; zu meinen Füßen fließt die Moskwa — anders plätscherte die Zim. Wie konnte mir Weimar auch nur einfallen? Es muß doch Vergleichsmöglicheres geben in meiner Erinnerung? Was sah ich nicht schon für sonderbare Wallfahrtsorte, Ruhmestempel und Gedächtnisstätten in aller Welt. Zeigte man mir nicht gegen Eintrittsgeld ein Bauernhaus, in dem sich ein Kaiser gefangen gab. Sah ich nicht von Staats wegen ein Auto ausgestellt, in dem ein Thronfolger erschossen wurde. Sah ich nicht im Hotel des Invalides einen gewöhnlichen Eisenbahnwagen anstaunen, nur ungewöhnlich dadurch, daß darin ein Begehren um Waffenstillstand überreicht wurde. Sah ich nicht Familiengrüfte und Ahnengalerien, nicht Brunnen, in denen diese Fürstin mit ihren Liebhabern oder jener Fürst mit seinen Mätressen für Wohl und Wehe ihrer Untertanen sorgten, ungeheure Gebäude voll alter Uniformen und Ordenskollektionen. Welch teure Botenkirchen sind aufgerichtet, wo ein erleuchteter Herr einer vermeintlichen Gefahr entging, pompejanisch konserviert die Häuser, in denen ein schlauer Staatsmann oder wenigstens ein Dichter geboren ward; Moden, Theaterdekorationen, Ballett und Schmutz haben Museen... nie aber gab es ein großes Institut, bestimmt zur Ehre und Lehre jener, die die Ungerechtigkeit der Gesellschaftsform erkannten, und physisch dafür leiden mußten, daß sie ihrem Leid darüber Ausdruck liehen, in Studierstube oder auf der Barrikade ihr Streben zur Aenderung menschlicher Mite bezeugte. Nein, niemals wurden Anstalten gemacht, ihr Wirken dem Vergessen zu entreißen, in das Monarchen, Politiker und Beamte sie stützen wollten. Sonst hätte ich nicht heute im Marx-Engels-Institut in Moskau das zu sehen vermocht, was ich vergeblich in meinem Kopf und meinem Herzen zu ordnen versuchte, dieweil ich bewegte

und erschöpft am Uferbord der Moskwa saß. Sonst wäre nicht binnen fünf Jahren eine Spezialliteratur in zweihunderttausend Bänden zusammengebracht worden, einst aktuell gewesene Broschüren und längst vergriffene Bücher, darunter Unikate, Originalmanuskripte aus dem sechzehnten Jahrhundert und viele hundert handgeschriebene Dokumente. Wie wäre das, selbst bei der reichen Dotierung, die das neue Russland für die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Staatsform opfert, wie wäre das, selbst bei den größten Geldmitteln und dem Fanatismus des Marxforschers Rjaganow möglich gewesen, wenn je vorher ein öffentliches Institut in der Welt Interesse an dergleichen bekundet hätte?

Da fand ich mich denn, seit Monaten fern von Deutschland, im Haus an der Moskwaabiegung, im einstigen Palais des Fürsten Dolgorukow, vor Schränke gestellt, deren Reihen deutscher Bücher sich mit nichts befassen als mit der Rheinfrage und dem Moselstrom und der Stadtgeschichte Kölns, weil dort die „Rheinische Zeitung“ und die „Neue Rheinische Zeitung“ ihre Kämpfe ausfochten, als ausgebildeter Oesterreicher staunte ich, in Bänden und Broschüren und Flugblättern die Revolution von 1848 chronologisch geordnet, und über alle sozialistischen Begebenheiten hinaus bis zum Weltkrieg und zur Gründung der Roten Garde in Wien fortgeführt, zu erblicken; die lädenlose Serie des „Vorwärts“ und sogar die seines Vorgängers, des „Berliner Volksblattes“, und alle preußisch-revolutionären Reminiszenzen des Sturmjahres, die mir in Berlin nur unter großen Schwierigkeiten zugänglich geworden waren, stehen zur Benützung.

In dieser Abteilung kommt mancher Schriftsteller zu den revolutionären Ehren, auf die er im späteren Mannesalter verzichtet hatte, so Joseph Görres oder Richard Wagner, der in den Dresdner „Volksblättern“ August Röckels in wahren Siegfriedsnäsen zu Fuß und Verachtung gegen die Gesellschaft aufreizte. Klassiker, die ihre Gesinnung nicht widerrufen, wurden vom deutschen Parvos relegiert, George Forster oder Franz Mehring, und Russland ist es, daß sie nun auf einem internationalen Parvos vereintigt.

Die Demagogenerfolgungen stehen hier auf dem Pranger, die Darstellungen der Todesmishandlung Pastor Weddigs, der Ketzlerhaft Sylvester Jordans, wenn auch die Bücher des Hauptdenkmalanten Witt von Doering nur dürftig vertreten sind.

Die bibliophile Hingabe an einzelne Objekte muß man sich gleichfalls aus Zeitmangel verjagen, so schwer es auch fällt, angesichts von Büchern, die noch vor Erfinden beschlagnahmte wurden, von Werken, die nur handschriftlich existieren, wie Bruno Bauers Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, angeführt einer Marat gewidmeten Sammlung mit den vollständigen Nummern des „Ami de Peuple“, der Seltenheiten von und über Tanton, Robespierre, Saint Just, Cloots und Babeuf. Fünfeinhalbhundert Nummern, darunter Manuskripte von Louise Michel, Blanqui, Jaures, Photographien und Zeitungsgebäude umfaßt das Archiv der Pariser Kommune von 1871, aus England sind Erskausgaben

von Godwin, Ricardo, Adam Smith, Moorus und Mill da, Pamphlete und Flugblätter aus den Zeiten ökonomischer Aufstände und Organisationsversuche.

Es wird angestrebt, die von Marx zitierten Ausgaben zu sammeln und alle ihr beeinflusst habenden Werte. Streitschriften um Kant, Fichte, Schelling und Hegel und vor allem um den historischen Materialismus sind in der Philosophischen Abteilung vertreten, und die ganze Bibliothek, die Fichte besaß, und die von ihm am Bindelband überging. Den Saal der Politischen Ökonomie hat Marx selbst in Fachgruppen eingeteilt: die Besätze brauchten bloß nach den Kapitelüberschriften des „Kapital“ angeordnet zu werden. Wert, Mehrwert, Profit, Preis, Geld- und Kreditverkehr und so weiter, doch sind die Bücher teils recht vorwärts, teils nachwärts und viele anachronistisch. Was es je an Systemen der Gesellschaftsbesserung, des Sozialismus, des Kommunismus und des Anarchismus gab, wurde in der Abteilung für Sozialismus zu vereinigen versucht, die Utopistica, der Saintimonismus, die Phalanstere, Proudhon und Owen mit ihren Schriften und Zeitungen, und von Abbe Meslier, der auf dem Obelisk im Meganderpark am Kreml unter den Vätern des Kommunismus eingereiht ward, ist ein handgeschriebenes Exemplar des Testaments vorhanden, aus der Mitte des 18. Jahrhunderts stammend; auch die Anarchisten haben hier ihr Pantheon gefunden, Babunin, Kropotkin, Elise, Reclus, Pellegarrigue mit der „Anarchie Journal de l'Ordre“, Most mit seiner „Freiheit“ und andere Götter kleiner Leute.

Merkeilichstes dieser soziologischen Kathedrale ist das Marx-Engels-Kabinett, wo alles ist, was von den beiden Diktatoren herrührt: Erskausgaben ihrer Arbeiten, die in Amerika und in der Schweiz erschienenen Auflagen des Kölner Kommunistenprozesses, die „Kritik der politischen Ökonomie“ in jenem Exemplar, in das Lassalle seine polemischen Bemerkungen an den Rand schrieb, die „Rheinische Zeitung“ von 1842 bis 1843, der Pariser „Vorwärts“, die „Deutsche Brüsseler Zeitung“, die Londoner „Kommunistische Zeitschrift“ von 1847 und die „Neue Rheinische“ in ihrer vollständigen Form — die folgenden Seiten sind nach den in anderen Archiven liegenden Originalen photographisch ergänzt, ebenso alle Manuskripte von Marx und Engels, und die von ihnen geschriebenen oder an sie gerichteten Briefe, soweit sie nicht original vorhanden. Nicht weniger als 55 000 Aufnahmen von Druckseiten und Schriftstücken hat das Institut herstellen lassen, zum Teil im SPD-Archiv in Berlin, in Historischen Archiv der Stadt Köln, im Englischen Familienarchiv in Engelskirchen, im Geheimen Staatsarchiv Berlin und in der New York Public Library, so daß man im Haus an der Moskwa das ganze Werk der beiden deutschen Gelehrten, ihrer philosophischen, politischen, literarischen und ökonomischen Freunde und Feinde studieren und zur Publikation einer monumentalen Marx-Engels-Ausgabe schreiben kann; die bisherigen Veröffentlichungen läßt man teils an der Unübersichtlichkeit des Materials, teils an der physischen Ungünstigkeit von Einzelpersonen, alles wissenschaftlich durchzuarbeiten, und teils an Streichungen, die aus Platzmangel oder aus Gründen der aktuellen Politik vorgenommen worden sind. Jetzt vergleicht man mit philosophischer Kritik jede handschriftliche und gedruckte Zeile, prüft jedes Zitat und jede statistische Angabe nach, und beschafft Erklärungen zu den Werten, dem Briefwechsel und den Akten. Welch seltsamer Dingo sah ich hier: die Aufgabe des Schülers Marx, „Betrachtungen eines Jünglings bei der Wahl seines Berufes“ mit dem Zeugnis, worin der Lehrer tadelt, daß „sein Aufsatz... häufig mit Ungehörigkeiten beladen“ ist. Komisch andere Briefe aus der Tschechoslowakei, wie das Schreiben aus Brünn vom 21. März 1872, worin der Abtender Jos. A. Fiedler sich in einer Familienangelegenheit an den emigrierten Marx nach England wendet: der Herr Doktor möchte doch so liebenswert sein, sich nach einer Verwandten Fiedlers zu erkundigen, die sich in London der Prostitution ergeben hat.

Engels antwortet seiner Mutter (sie wollte ihren Bräutigam vom Verkehr mit Marx abhalten) in einem Briefe, in dem er seine Empörung darüber äußert, daß die Pariser Kommune wegen der Erschießung einiger Geiseln überall während beschimpft wird, während sich gegen die Pariser Armee, die 40 000 Menschen ermordete und brandstiftete, nirgends ein Wort der Anklage erhebt. Die Verleumdungen, Lügen und Fahrgänge gegen jeden Versuch der Weltverbesserung gehen jahrhundertlang durch die Literatur, Marat ist ein Blaubund und Napoleon ein Gott, die Kaiserregierungen der intelligenten Arbeiter und arbeitenden Intellektuellen sind „Blutregime“, und die Regierungen der jauchenden Aristokraten und jüdischen Feldweibel heißen: Restauration der Ordnung. Man mühte diese Stelle aus dem Briefe Engels' als Motto über dem Moskauer Institut andringen, denn von hier aus soll wissenschaftlich die Defensive gegen die ewige Lüge und die Offensive für die ewige Wahrheit aufgenommen werden.

In den Kabinetten, im Besaß und den überreichen Museumsräumen arbeiten Forscher von überall, Dokumente benützend, die das Vaterland nicht besitzt.

Das Heim einer verlebendeten und verfolgten Wissenschaft, zur Heilung der Gesellschaft begründet, steht dort, wo ihre Schöpfer gelebt und ihr Grab gefunden haben: in der Fremde. Ein Archiv im Exil.

(Aus dem ausgezeichneten Buche „Der rasende Reporter im Ausland“ von Egon Erwin Kisch im Auszug entnommen. Erich-Keiß-Verlag, Berlin.)

Aus der sozialistischen Bewegung

Erfolge der Sozialisten bei den amerikanischen Gemeindevahlen.

Am 8. November fanden in einigen großen Städten New-Englands, im Osten der Vereinigten Staaten Amerikas, Gemeindevahlen statt. Neben der Neuwahl der Gemeinderäte fand auch die Neubewegung verschiedener Gemeindeväter, wie das des Bürgermeisters und des Gemeindevaters statt. Die Wahlergebnisse zeigen einen bemerkenswerten Fortschritt der sozialistischen Organisationen, die bekanntlich unter besonders schwierigen Bedingungen zu arbeiten haben.

In New York City selbst, wo mehrere sozialistische Kandidaten aufgestellt worden waren, stieg die Stimmzahl der Sozialisten um beinahe 7000. Allerdings wurde keiner der sozialistischen Kandidaten gewählt. Auch bei der Wahl des Gouverneurs des Staates New York war die Zahl der sozialistischen Stimmen um 4000 größer als im Jahre 1926. Es zeigte sich, daß in New York City die berüchtigte korrupte Clique „Tammany Hall“ in noch größerem Ausmaß als sonst mit Gewalt und Einschüchterung gegen die sozialistischen Kandidaten vorging, es wurde ihnen sogar nachgewiesen, daß sie zu mindest in einem Fall, bei der Stimmzählung Fälschungen vorgenommen haben.

Ein hervorragender Sieg wurde in Reading erzielt, der im Mittelpunkt eines Bergwerkbereichs gelegenen Hauptstadt des Staates Pennsylvania mit 120 000 Einwohnern. Zum ersten Mal ist die Bewaltung der Gemeinde in soziali-

frische Hände übergegangen. Der sozialistische Kandidat, J. H. Stump wurde Bürgermeister der Stadt, und der Führer der Gewerkschaften, J. H. Maurer, der während der Wahl in engen Zusammenhang mit der politischen Partei arbeitete, wurde Gemeinderat und zwei andere sozialistische Kandidaten, W. C. Soverter und W. R. Hollinger erhielten Gemeindevorstände.

In Boston, wo der Aufstellung unabhängiger sozialistischer Kandidaten große Schwierigkeiten entgegenstehen und die daher in den letzten 10 Jahren gar nicht versucht worden war, kandidierte diesmal ein Sozialist, Joseph Bearak, der mit einer erheblichen Stimmenzahl zweiter von vier Kandidaten wurde. In der großen Stadt Buffalo (Staat New York) wurde der Sozialist Frank Perkins mit einer Majorität von 23 000 gegen einen Tammany Kandidaten zum Vorhergehenden des Gemeinderats gewählt.

Es scheint daher, daß in den Vereinigten Staaten die politischen Folgen der kommunistischen Spaltung und der anderen Erschütterungen der Nachkriegszeit langsam überwunden werden und daß die Zukunftsaussichten der sozialistischen Bewegung günstig sind.

Der Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1928.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat in ihrer Tagung im September 1927 die Vorbereitung für den Internationalen Kongress 1928 eingehend erörtert und ist zu dem Schluß gekommen, daß die starke finanzielle Inanspruchnahme der Arbeiterbewegung in ganz Europa und vor allem in England es zweckmäßiger erscheinen ließe, den Kongress von 1928 nicht wie ursprünglich geplant in London, sondern am Kontinent abzuhalten. Das Bureau der S. A. I. wurde beauftragt, sich in dieser Frage vor allem mit der Exekutive der englischen Labour Party und dann eventuell mit den Parteien jener Länder am Kontinent, die für die Abhaltung des Kongresses in erster Linie in Betracht kommen, in Verbindung zu setzen und einen neuen Vorschlag zur Abstimmung zu bringen. Dies ist nun geschehen. Die Exekutive der englischen Labour Party, die mit Bedauern für diesmal auf die Abhaltung des Kongresses in London verzichtet, machte den Vorschlag, den Kongress in Brüssel abzuhalten. Das Bureau der S. A. I. hat diesen Vorschlag einstimmig angenommen und von den Mitgliedern der Exekutive ist innerhalb der festgelegten Frist kein Einwand erhoben worden, so daß nunmehr endgültig der Kongress der S. A. I. 1928 nach Brüssel einberufen wird. Der Kongress wird am 5. August 1928 eröffnet werden, an diesem Tage wird zur Feier der Eröffnung eine Rundgebung der Brüsseler Arbeiterschaft stattfinden. Die Exekutive und einzelne Kommissionen werden bereits in der Woche vor dem Kongress tagen. Die Arbeiten des Kongresses sollen wenn möglich am 11. August zu Ende geführt werden.

Der neue „Populaire“.

Die französische sozialistische Partei baut ihre Presse aus.

Seit dem 1. Dezember erscheint das Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei „Le Populaire“ in einem neuen, vergrößerten Format und auch in größerem Umfang auf sechs großen Seiten. Es ist eigentlich eine ganz neue Zeitung, die da geschaffen wurde, lebhaft, reichhaltig, schön illustriert, ein würdiges Organ einer großen Partei, die ja unsere französische Bruderpartei tatsächlich ist, trotzdem sie mit den organisatorischen Schwierigkeiten, die vielfach im historischen Werdegang des französischen Sozialismus ihren Grund haben, außerordentlich schwer zu kämpfen hat. Dabei sind die Preis- und Lesergewohnheiten in Frankreich ganz andere, als in anderen Ländern; die Konkurrenz der sogenannten Informationspresse ist für die Gefinnungspresse außerordentlich schwer. Es ist ein Zeichen des Erstarkens der französischen sozialistischen Bewegung, daß sie das Zentralorgan der Partei ausbauen konnte und alles vorgekehrt hat, um eine wirklich große, alle Bedürfnisse des sozialistischen Lesers befriedigende Zeitung herauszugeben zu können. Der politische Leiter des neuen „Populaire“ bleibt weiter Leon Blum, sein Chefredakteur Comperre-Morel; zu den Mitarbeitern gehören alle hervorragenden Genossen der französischen Partei, unter ihnen Brade, Paul Faure, Longuet, Renaudel, Zyromski, Paul Boncour; es werden also alle tatsächlichen Strömungen innerhalb der Partei im „Populaire“ zu Worte kommen.

Der neue „Populaire“ ist eine große, interessante sozialistische Tageszeitung, deren Erscheinen von der ganzen internationalen Arbeiterbewegung mit Freude und mit dem Wunsch begrüßt wird, daß alle Erwartungen, die unsere französische Bruderpartei und mit ihr die ganze Internationale an das mutige Beginnen knüpft, sich verwirklichen mögen.

Sozialistische Nordkonferenz.

Im Hinblick auf die Zuspitzung der politischen Lage im Nordosten Europas, hat das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Konferenz der der S. A. I. angeschlossenen Parteien des Nordostens Europas für den 18. und 19. Dezember 1927 einberufen. Als Tagesordnung wird vorgeschlagen: 1. Die Kriegsjahre im Nordosten Europas. 2. Die Beziehungen der der S. A. I. angeschlossenen Parteien des Nordostens Europas zueinander.

Zu dieser Konferenz sind eingeladen die Parteien in Litauen, Polen, Dänzig, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Rußland und Schweden. Den Mitgliedern der Exekutive der S. A. I., soweit sie nicht ohnehin den direkt eingeladenen Parteien angehören steht das Recht zu, an der Konferenz mit beratender Stimme teilzunehmen.

Die Konferenz wird im Sitzungssaal des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie am Sonntag, den 18. Dezember, um 9 1/2 Uhr morgens, beginnen.

Rundfunk

Kattowik — Welle 422.

Mittwoch, 15. Berichte. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19: Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert.

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Verluhe und für die Industrie. 12.55: Neuerer Zeitzeichen. 13.30: Zeitanlage. Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratsschläge fürs Haus. 22: Zeitanlage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 14. Dez. 1927: 15.45—16.30: Neue Weihnachtsmusik. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Aus Büchern der Zeit. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließende Fundwerbung. — 19—19.25: Abt. Steuerwesen. — 19.25—19.50: Hans Bredow-Schule. Abt. Erdkunde. — 20: Uebertragung aus dem großen Konzertsaal: Österreichischer Abend. Das junge Österreich. (Seit 1900). Anschließend: Die Abendberichte und „Auführungen des Breslauer Schauspielers“ eine Theaterplauderei von Carl Behr.

Warschau — Welle 1111.

Mittwoch, 12: Wie vor. 16: Vorträge. 17.45: Kinderstunde. 18.15: Nachmittagskonzert. 19.10: Verschiedene Berichte. 19.35: Vorträge. 20.30: Konzert. 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (verschw.).

Mittwoch, 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17: Nachmittagskonzert. 18: Kraftfahrwesen. 18.30: Stunde der landwirtschaftlichen Hauptkörperchaften. 19.30: Rettung und Entfaltung. 20: Vorankündigung des kommenden Programms. 20.30: Österreichische Musik wirkt für Österreich. 20.40: Österreichischer Abend.

Now — Welle 450.

Mittwoch, 17.30: Tanzmusik und Vokal- und Instrumentalkonzert. 20: Deutsche Unterrichtsstunde. 20.40: Italienisches Konzert. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowik. Am Dienstag, den 13. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, findet im Zentralhotel ein Vortrag des Gen. Birghan über „Jugendbestrebungen“ mit Lichtbildern statt.

Zalenz. Am 16. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Saale bei Golzky ein Vortrag des Gen. Dr. Bloch statt, über: „Unsere Weltanschauung einst und jetzt“.

Bismarckhütte. Am 13. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet in Krol. Huta, ul. Gymnazjalna 35, ein Vortrag des Gen. Dr. Bloch über „Glaube und Wissenschaft“ statt.

Königshütte. Mittwoch, den 14. Dezember d. Js., abends 7 1/2 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses ein Vortrag statt. Referent zur Stelle. Wir weisen darauf hin und erwarten vollzähligen Besuch.

Veranstaltungskalender

Kattowik. Holzarbeiter. Sonntag, den 18. 12. 1927, vorm. 10 Uhr, im Central-Hotel Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Vermischte Nachrichten

Frau oder Fräulein?

Immer wieder und immer stärker wird von Zeit zu Zeit in der Frauenwelt die Forderung laut: „Nicht Fräulein, sondern Frau!“

Die Frauenwelt sieht in dem Diminutiv „Fräulein“ eine Zurück- und Herabsetzung gegenüber dem Mann. Bei ihm spielt es keine Rolle, ob er verheiratet oder ledig, jung oder alt ist — stets lautet die Anrede „Herr“. Spricht man aber eine Frau an, so heißt es — falls die Betroffene unverheiratet ist — die Anrede „Fräulein“. Auf diese Weise gerät eine ältere Dame, die aus irgendwelchen — oft sehr traurigen — Gründen unverheiratet geblieben ist, leicht in den Ruf einer unverdienten Lächerlichkeit, die dem „alten Mädchen“ ja immer anhaftet.

Über nicht allein die Furcht vor Lächerlichkeit ist es, die die Frauenwelt zu der Forderung nach der Anrede „Frau“ veranlaßt, sondern sie sieht in der Anrede „Fräulein“ eine Minderung der Frauenehre schlechthin. Es gilt für selbstverständlich, Frauen, die durch Geburt oder Rang eine bevorzugte gesellschaftliche Stellung einnehmen, mit dem Titel „Frau“ anzureden — auch dann, wenn die Betroffene niemals verheiratet war. Dieser Gebrauch beweist, daß die Anrede „Frau“ eine Ehrenbeugung bedeutet, die man anderen Frauen nur deswegen verweigert, weil ihnen weder der Zufall der Geburt oder ein Amt zu einer hervorragenden gesellschaftlichen Stellung verholfen hat. Die Frau, die heute genau, so wie der Mann im öffentlichen Leben steht und „ihren Mann“ stehen muß, wird durch die Anrede „Fräulein“ oft zu einem „Es“ degradiert, dessen Namen man nicht einmal zu kennen braucht.

Die Begründung, der Sprachgebrauch bezeichne die unverheiratete Frau mit Fräulein, ist nicht stichhaltig, da „Fräulein“ ursprünglich niemals die unverheiratete Frau bezeichnet hat. Im Gegenteil! „Fräulein“ war nur ein Aushilfswort, das gern jungverheirateten Frauen gegenüber gebraucht wurde. Im weiteren Verfolge der Entwicklung als Fälligkeitsschleier wurde die Witwe mit „Fräulein“ angeredet, um ihr auf diese Weise jenseitigen Trost zuzusprechen. In der weiteren Entwicklung aber erhielt die Bezeichnung „Fräulein“ einen üblen Beigeschmack und wurde als Umschreibung des Wortes „Hure“ gebraucht. Aber das dauerte nicht lange; dann wurde „Fräulein“ die Anrede für die Tochter aus adligem Hause, während das bürgerliche Mädchen stets mit „Jungfrau“ oder „Jungfer“ angesprochen wurde. Erst die französische Revolution und die damit verbundene Demokratisierung der Anschauungen und Sprache machte das „Fräulein“ zu der für die unverheiratete Frau allgemein übliche Anredeform.

Gegen sie läuft die Frauenwelt zwar mit Konsequenz und Ausdauer Sturm, aber mit wenig Hoffnung auf baldige Aenderung. Denn man glaubt, daß sich die bekämpfte Anredeform erst dann ändern wird, wenn die Frau weniger als Geschlecht und mehr als Persönlichkeit gewertet werden wird.

Die Entdeckung des Säugetieres vor 100 Jahren.

Im Jahre 1827 sah zum ersten Male ein Forscher unter dem Mikroskop das Ei eines Säugetieres. Der Entdecker war der Königsberger Professor Karl Ernst von Baer. Als er zufällig bei einer Hühner kleine, gelbliche Bläschen im Eierstock bemerkte, öffnete er sie sehr vorsichtig mit einer feinen Nadel und hob das hellere Bläschen, welches er bei schwacher Vergrößerung erkennen konnte, heraus. Er gab dieses kleine Ding in ein mit Wasser gefülltes Uhrglas und tat alles unter das Mikroskop. „Wie vom Blitz getroffen war ich“, erzählte er selbst, „als ich deutlich eine sehr kleine, scharf ausgebildete Dotterkugel sah.“ Ein Demomol in Dostal, wo er eine Zeitlang wirkte und im Jahre 1876 starb, erinnert an v. Baer und seine große Entdeckung, die von weittragender Bedeutung war.



PALMA
KAUTSCHUK - ABSATZ
UND - SOHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCH

Fay's ächte
Sodener Mineral-Pastillen
seit nahezu 40 Jahren bestens bewährt
gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung
in neuer hygienischer Verpackung (auch
mit Menthol-Zusatz)

1928 -

Denken Sie an Ihren neuen Kalender „Frauen-Schaffen und Frauen-Leben“! Sein Inhalt: Das geistige, soziale und künstlerische Wirken hervorragender Frauen. Als Geschenkwerk für jede kulturbegeisterte Frau geeignet. Preis 3M

Verlag Otto Beyer, Leipzig T

Inserate
in dieser Zeitung
haben
den größten
Erfolg!

Nervöse, Neurastheniker

die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trüber Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst u. Zwangszuständen Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostensfreie Broschüre von Dr. Gebhard & Co., Danzig Am Leegen Tor 15.

Wir drucken:

Briefbogen u. Rechnungen, Formulare und Einladungen, Etiketten und Programme, Plakate usw.

deutsch u. polnisch

für Behörden Industrie und Handel sowie Vereine und Private in ein- u. mehrfarbig. Ausführung

»VITA«
nakład drukarski
Kościuszki
nr. 29

BACKIN PUDDING-PULVER MILCH-EIWEISS-PULVER VANILLIN-ZUCKER GUSTIN

Dr. Oetker's
Fabrikate

sind Glanzleistungen küchenehemischer Eigenschaften u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
Dr. Oetker's Pudding-Pulver
Dr. Oetker's „Gustin“
Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
Dr. Oetker's Rote Grütze
Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

Dr. A. Oetker
Bielefeld.